



Presseschau vom 13.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren. In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt. Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur. Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Offener Brief an das Volk der USA anlässlich der Siegesfeier über Nazis im Zweiten Weltkrieg

Ein Kommentar für diejenigen, die vergessen haben, welche Opfer "Die größte Generation" gebracht hatte, um Hitler zu besiegen. In seinem Klassiker "The Greatest Generation" von 1998 untersuchte der berühmte NBC-Journalist Tom Brokaw das Leben und die Erfahrungen einiger der Millionen amerikanischer Männer und Frauen, die im Zweiten Weltkrieg kämpften. ...

<https://kurz.rt.com/2yos> bzw. [hier](#)

Xenia Tschemodanowa: "Sie zerstören die Weltherrschaft des US-Dollar": Russischer Finanzausschuss-Chef über US-Sanktionen

Anatoli Aksakow, Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für Finanzmärkte, erklärt in einem exklusiven Interview mit RT die Maßnahmen der russischen Regierung und der Zentralbank zur Krisenbewältigung im Zuge der US-Sanktionen. ...

<https://kurz.rt.com/2yo8> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Erneut Medienberichte über Folter und Tötung russischer Kriegsgefangener

Berichte über Kriegsverbrechen der ukrainischen Seite an russischen Kriegsgefangenen häufen sich. Diese Woche hat der französische Radiosender "Sud Radio" ein Interview mit einem humanitären Helfer, der Augenzeuge von Misshandlungen und Tötungen gewesen sein soll, veröffentlicht. Die "junge Welt" berichtet über Kastrationen von Gefangenen aus dem Donbass. ...

<https://kurz.rt.com/2ypo> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Der Wunsch war der Vater der Zeitungsentente: "Bild" und "Focus" erfinden Koalitionseklat im Bundestag

Mindestens drei deutsche Mainstreamerzeugnisse haben am Freitag über einen angeblichen Eklat in den Reihen der Regierungskoalition berichtet. Die FDP soll die Sitzung des Verteidigungsausschusses aus Protest verlassen haben, meldeten sie eiligst. RT klärt auf, was wirklich geschah. ...

<https://kurz.rt.com/2yr5> bzw. [hier](#)

Jewgeni Norin: Rückblick auf den Tag des Sieges: Warum der 9. Mai für die Russen so wichtig ist

Der 9. Mai ist ein besonderer Feiertag für die Russen. Die große Aufmerksamkeit, die sie diesem Datum schenken, erscheint Menschen aus anderen Ländern und Kulturen oft seltsam. Zu sagen, dass "für die Russen der Zweite Weltkrieg erst gestern zu Ende ging", ist nicht weit von der Wahrheit entfernt. ...

<https://kurz.rt.com/2yon> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: Ist Deutschland bereit für den Blackout?

Seit letztem Jahr wird regelmäßig über mögliche Blackouts in Deutschland berichtet. Experten kommen zu Wort und malen die mittelfristige Zukunft schwarz – mit sehr wahrscheinlichen Systemausfällen. Weiß die Bevölkerung in diesem Land, dass sie und das ganze Land auf das Worst-Case-Szenario völlig unvorbereitet ist? ...

<https://kurz.rt.com/2yoj> bzw. [hier](#)

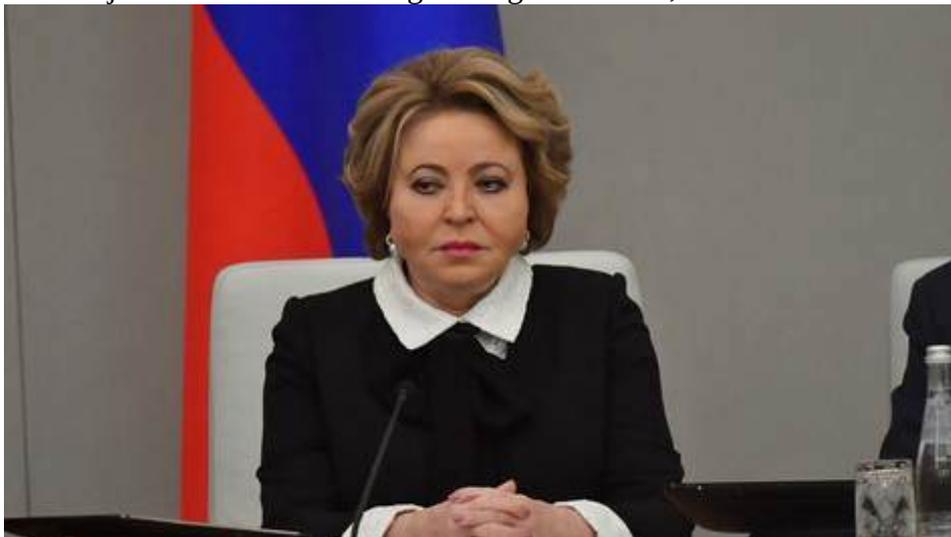
abends/nachts:

19:45 de.rt.com: **Präsidentin des russischen Föderationsrates Matwijenko: Russland wird die Entscheidung der Bewohner der Region Cherson akzeptieren**

Die Agentur TASS berichtete, dass die Präsidentin des russischen Oberhauses, des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, erklärt hat, Russland werde mit der Entscheidung der Bewohner der Region Cherson über den künftigen Status ihres Gebiets einverstanden sein. "Eine solche Entscheidung (über den Status der Region Cherson – Anm. d. Red.) kann nur von den Bewohnern der Region Cherson selbst getroffen werden. Welche Entscheidung sie treffen und wann sie sie treffen, ist ihr gutes Recht. Sie werden selbst entscheiden müssen, niemand zwingt sie, niemand setzt sie unter Druck", erklärte Matwijenko am Donnerstag vor Reportern. Und sie fügte hinzu: "Es wird ihr Wille sein, ihre Entscheidung. Wie auch immer dieser Wille aussehen wird, wir werden ihm zustimmen."

Nach Ansicht der Parlamentspräsidentin könne die Region Cherson bereits heute Entscheidungen treffen, "ohne auf die Kiewer Behörden und die Nazi-Bataillone Rücksicht zu nehmen."

"Das erweckt Respekt. Heute ist die Region Cherson kein 'Anti-Russland'-Projekt mehr. Ich bin sicher, dass sich die Region Cherson niemals an russophoben Projekten beteiligen wird, die von jenseits des Ozeans aufgezwungen werden", erklärte sie abschließend.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d3ec548fbef381a790080.jpg>

20:13 de.rt.com: **Kosovo stellt Mitgliedschaftsantrag für Europarat**

Der teilweise anerkannte Balkanstaat Kosovo stellt einen Antrag auf die Mitgliedschaft im Europarat. Deutschland wird den Antrag voraussichtlich unterstützen. Serbiens Präsident kritisiert Prištinas Schritt als einen Vertragsbruch und verspricht politische Konsequenzen. Kosovo hat am Donnerstag einen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat gestellt. Der Kabinettschef des Außenministeriums des teilweise anerkannten Balkanstaates veröffentlichte diesbezüglich eine Mitteilung auf Twitter. Demnach seien die Antragsunterlagen von der Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz persönlich am Sitz des Europarats in Straßburg eingereicht worden.

Priština versicherte, dass das kosovarische Grundgesetz von 2008 die Europäische Menschenrechtskonvention, die das Grundsatzdokument des Europarats darstellt, sowie andere internationale Menschenrechtsdokumente integriere.

Der Europarat ist eine Staatenorganisation mit 46 Mitgliedsländern, deren erklärte Aufgabe es

ist, in den Mitgliedstaaten die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen. Beim Rat handelt sich um keine EU-Institution. Russland hatte die Organisation im März im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt verlassen und ist damit einem Ausschlussverfahren zuvorgekommen. Der Rat sei von der EU und NATO kontinuierlich als "ein russlandfeindliches politisches Instrument" missbraucht worden, begründete Moskaus Außenministerium den Austritt.

Bereits kurz nach der Suspendierung von Russlands Mitgliedschaft drängte die in Berlin ansässige Denkfabrik "Europäische Stabilitätsinitiative" (ESI) den Kosovo dazu, die Mitgliedschaft im Europarat zu beantragen. Der Ausschluss Russlands von der Teilnahme an Entscheidungsprozessen der Institution würde dafür eine passende Gelegenheit bieten, argumentierte die ESI.

Am 4. Mai erklärte der deutsche Bundestagsabgeordnete Knut Abraham (CDU), dass die Bundesregierung einem Beitritt des Kosovo zum Europarat positiv gegenüberstehe und setzte sich für eine weitere deutsche Unterstützung des Beitritts ein. Er schrieb auf Twitter:

"Die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage zur Mitgliedschaft von Kosovo im Europarat ist sehr ermutigend. Jetzt sollte Deutschland proaktiv die Bewerbung Kosovos im Europarat unterstützen. Europapolitiker unterschiedlicher Fraktionen unterstützen dies."

Eine Aufnahme Kosovos in den Europarat ist dennoch ungewiss. Die Eigenstaatlichkeit der ehemaligen südserbischen Provinz, die im Jahr 2008 nach einseitig ihre Unabhängigkeit erklärt hatte, wird nicht nur von Russland, sondern auch von weltweit über 60 Staaten nicht anerkannt. Unter den Mitgliedern des Europarats zählen dazu Griechenland, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Spanien und Zypern.

Serbiens Staatspräsident Aleksandar Vučić kritisierte nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS Kosovos Beitrittsantrag bereits:

"Priština hat gezeigt, dass sie einen weiteren Vertrag, nämlich das Washington-Abkommen, gebrochen haben. Nachdem sie die Brüsseler Abkommen zehn Jahre lang mit Füßen getreten hatten, brachen sie nun auch das Washington-Abkommen und die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, an die weder sie noch ihre Mentoren sich jemals hielten."

Gemäß der in Washington am 4. September 2020 unterzeichneten Vereinbarung hatte Belgrad sich bereit erklärt, sich nicht um eine Rücknahme der Anerkennung von Kosovos Staatlichkeit bei anderen Staaten zu bemühen, so lange Kosovo keine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen anstrebt.

Als Reaktion auf Kosovos Antrag berief Vučić für Freitag eine außerordentliche Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates. "Sie werden es nicht so leicht haben, wie sie sich das vorstellten", erklärte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d2ce248fbef389a70290e.jpg>

Der lettische Nationale Rat für elektronische Medien (NEPLP) hat beschlossen, den Zugang zu den russischen sozialen Netzwerken Vkontakte, Odnoklassniki und My World im Land zu beschränken. Dies teilte der Vorsitzende des Gremiums, Ivars Āboliņš, via Twitter mit. Die Entscheidung sei darauf zurückzuführen, dass die Besitzer der Netzwerke, Juri Kowaltschuk und Wladimir Kirijenko, auf der EU-Sanktionsliste stehen. Āboliņš kündigte an, dass die Plattformen nächste Woche gesperrt werden.

20:38 de.rt.com: **Moskau: Ukrainische EU-Mitgliedschaft unvereinbar mit Friedensverhandlungen**

Moskau hat heute Abend seine Position im Ukraine-Konflikt den aktuellen Gegebenheiten angepasst: Der Kiewer Wunsch nach einem baldigen EU-Beitritt sei eine vergleichbar gravierende Entscheidung wie die angestrebte NATO-Mitgliedschaft. Faktisch muss Kiew nun entscheiden, ob es Verhandlungen mit Moskau führen – oder Teil von EU und NATO werden will.

Wie RIA Nowosti meldet, hat der Erste Stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, erklärt, Russland habe seinen Standpunkt zum EU-Beitrittswunsch Kiews geändert. Seiner Meinung nach ähnelt dies nun der russischen Position zum Beitritt der Ukraine zur NATO.

Er fügte hinzu, dass er angesichts der Position Kiews derzeit keine diplomatischen Möglichkeiten zur Lösung der aktuellen Situation um die Ukraine sehe.

Polanski sagte in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview mit der britischen Online-Publikation UnHerd News:

"Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich, offen gesagt, keine Möglichkeiten für eine diplomatische Lösung angesichts der Position der Ukraine und der Versuche westlicher Länder, diesen Konflikt zu schüren. Ich muss zugeben, dass es im Moment keinen Raum für Diplomatie gibt."

"Ursprünglich war Moskau nicht besorgt über die Aussichten, dass die Ukraine irgendwann der EU beitreten könnte, doch nach dem Ausbruch des Konflikts und der extrem feindseligen antirussischen Haltung Brüssels hat sich die Position geändert," erklärte Poljanski.

"Wir waren zu diesem Zeitpunkt nicht sehr besorgt über die Europäische Union, aber die Situation hat sich nach der Aussage von Herrn Borrell, dass 'dieser Krieg auf dem Schlachtfeld gewonnen werden sollte', und nach der Tatsache, dass die Europäische Union bei Waffenlieferungen [an die Ukraine] führend ist, geändert. Ich denke, dass unsere Position gegenüber der Europäischen Union jetzt eher der der NATO ähnelt, weil wir keinen großen Unterschied sehen", erklärte der Diplomat.

Der Konflikt sei bereits so weit eskaliert, dass für Diplomatie kaum noch Platz sei, räumte Poljanski ein. Das Fehlen eines konstruktiven Dialogs, die Unfähigkeit Kiews, seine Versprechen einzuhalten, und die Bemühungen des Westens, die Feindseligkeiten zu verlängern, trügen zu dieser Situation bei, erklärte er.

Der Diplomat lehnte es ab, eine Schätzung darüber abzugeben, wie lange der Konflikt noch andauern könnte. "Ich habe keine Kristallkugel, um solche Dinge vorherzusagen", sagte er. Russland hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die NATO auf Konfrontation aus ist und dass die Mitgliedschaft der Ukraine in dem Block eine Bedrohung für Moskau darstellen würde. Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow sagte, dass eine weitere Ausweitung des Bündnisses nicht zu mehr Sicherheit in Europa führen würde, da die NATO einen aggressiven Charakter habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d5714b480cc1309620ca4.jpg>
g

20:45 de.rt.com: **Medienbericht: Russische Luftabwehr fängt zwei Raketen über Cherson ab**

Die russischen Luftabwehrkräfte haben zwei Raketen im Himmel über der Stadt Cherson abgefangen. Dies berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf eine Quelle bei den Sicherheitsbehörden. In der Mitteilung hieß es:

"Vorläufigen Angaben zufolge fingen die russischen Luftabwehrkräfte zwei Raketen mit Streusprenkopf am nördlichen Stadtrand von Cherson ab."

Zuvor war berichtet worden, dass im Stadtzentrum mehrere Explosionen zu hören waren.

21:26 de.rt.com: **Russland: Bundeswehr, Pfizer und Moderna an Biowaffenforschung in der Ukraine beteiligt**

Die Pharmaunternehmen Pfizer und Moderna waren an der Biowaffenforschung unter den USA in der Ukraine beteiligt. Auch sollen die veröffentlichten Dokumente eine Beteiligung der deutschen Bundeswehr aufzeigen. Dies sagte Igor Kirillov, Leiter der Strahlen-, chemischen und biologischen Abwehrtruppen des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch bei einem Briefing. Unter Umgehung der internationalen Sicherheitsstandards hätten sie bei der Forschung die Kosten gedrückt.

Kirillov beschuldigte die Teilnehmer an der Biowaffenforschung der Tests an der Zivilbevölkerung der Ukraine: "Flugblätter in Form von gefälschten Geldscheinen wurden mit dem Tuberkuloseerreger infiziert und an Minderjährige in der Siedlung Stepovoye verteilt. Die Organisatoren dieses Verbrechens berücksichtigten die Besonderheiten des Verhaltens von Kindern, die die Angewohnheit haben, "alles in den Mund zu nehmen"."

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456253686&hash=f955f1bfc0c240d8" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456253686

21:39 de.rt.com: **Siemens beendet Russlandgeschäft nach 170 Jahren – Sanktionen drücken Gewinn massiv nach unten**

Immer mehr deutschen Firmen ziehen sich aus dem Geschäft mit Russland zurück, wegen der antirussischen Sanktionen. Bei Siemens bricht bereits heute der Gewinn ein – der Schaden für die deutsche Wirtschaft ist enorm.

Wie viele antirussische Sanktionen erträgt die deutsche Wirtschaft noch? Siemens zieht sich

laut einem Bericht des Handelsblattes nach rund 170 Jahren nahezu komplett aus Russland und sämtlichen damit in Verbindung stehenden Geschäften zurück. Vorstandschef Roland Busch sagte am Donnerstag in München:

"Wir verurteilen den Krieg in der Ukraine und haben beschlossen, unsere industriellen Geschäftsaktivitäten in Russland in einem geordneten Prozess zu beenden."

Der deutsche Vorzeigekonzern hatte Anfang März bereits verkündet, kein Neugeschäft mit Russland mehr abschließen zu wollen. Bis vor kurzem hieß es, man wolle die langfristigen Serviceverträge noch erfüllen. Am Donnerstag aber ließ der Konzern verlauten, man wolle auch diese Geschäfte einstellen. Das kann durchaus als offener Vertragsbruch gedeutet werden. Busch dazu:

"Diese Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen, denn wir haben eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und langjährige Kundenbeziehungen in einem Markt, in dem wir seit rund 170 Jahren tätig sind."

Busch versuchte den radikalen Bruch mit den antirussischen Sanktionen der Regierung zu begründen. Die verschärften Sanktionen hätten zuletzt zum Beispiel sogar Schmierstoffe betroffen - das mache das operative Geschäft unmöglich. Kritik an der Bundesregierung aufgrund der Maßnahmen gibt es offiziell allerdings nicht.

Die Folgen sind so oder so finanziell deutlich spürbar: Im abgelaufenen Quartal drückten die gegen Russland verhängten Sanktionen die Siemens-Ergebnisse bereits deutlich.

Wertminderungen und andere Belastungen – überwiegend in der Bahnsparte, denn dort laufen die Verträge für die Wartung von Siemens-Zügen oft über Jahrzehnte – wirkten sich auf den Gewinn nach Steuern aus. Im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2021/22, das am 30. September endet, war bereits ein Minus von 600 Millionen Euro zu verzeichnen. Nun könnte laut dem Handelsblatt noch einmal ein niedriger bis mittlerer dreistelliger Millionenbetrag dazukommen.

Vor allem wegen des Russlandeffekts halbierte sich der Siemens-Gewinn von Januar bis März auf 1,2 Milliarden Euro. Das operative Ergebnis des industriellen Geschäfts sank um 13 Prozent auf knapp 1,8 Milliarden Euro. Der Aktienkurs brach nach Vorlage der Zahlen und der Verkündung der Russland-Entscheidung zwischenzeitlich um mehr als fünf Prozent auf unter 110 Euro ein, und stabilisierte sich am Donnerstagnachmittag bei knapp 112 Euro.

Siemens hatte die russischen Verbindungen im Zarenreich, in der Zeit der Sowjetunion und sogar in den Jelzin-Jahren aufrechterhalten. Aber die verheerenden antirussischen Sanktionen des Westens setzen dem jetzt ein Ende. Besonders tragisch ist das aufgrund der lange sehr engen Beziehungen: Bereits 1851 lieferte der Münchener Konzern 75 Zeigertelegraphen für die Verbindung St. Petersburg-Moskau. Zeitweise wurden damals vier Fünftel des Umsatzes in Russland erzielt. Carl von Siemens, der Bruder Werners, ließ sich zeitweilig sogar in Moskau nieder.

Die Angst um die Beschäftigten in Russland verschärft den Rückzug noch weiter. So drohe stets das Risiko, dass sich Mitarbeiter nach russischem Recht strafbar machen, wenn der Konzern Infrastruktur-Aufträge nicht erfülle. Siemens beschäftigt dort etwa 3.000 Mitarbeiter. Im vergangenen Jahr erzielte der Konzern in Russland Erlöse von 62,3 Milliarden Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d1a4048fbef381a79004e.jpg>

21:45 de.rt.com: **Russischer UN-Vertreter demonstriert Geschichtsklitterung in der Ukraine anhand eines Schulbuchs**

Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, sprach heute vor dem UN-Sicherheitsrat über die Bildungsprogramme der modernen Ukraine, wie RIA Nowosti [berichtet](#).

Er zitierte dabei aus einem ukrainischen Geografie-Schulbuch für die 8. Klasse. Darin heiße es, dass die Vorfahren der Franzosen, Spanier, Portugiesen, Türken und sogar der Juden aus der Ukraine stammten:

"Ich habe es von dort übernommen. Es hat eine eindeutige Logik: Da die Vorfahren der Franzosen Gallier sind, kamen sie aus Galizien, das in der Ukraine liegt", so Nebensja.

Daraufhin sprach er den französischen Vertreter im Sicherheitsrat, Nicolas de Rivière, direkt mit folgender Bemerkung an:

"Ich möchte mich an meinen französischen Kollegen wenden. Nicolas, wussten Sie, dass Sie in Wirklichkeit Ukrainer sind? Sie glauben nicht daran? Lesen Sie das Lehrbuch."

Nebensja fuhr fort:

"Im ukrainischen Geschichtslehrbuch für die 7. Klasse, herausgegeben von Ljach und Temirowa, heißt es, dass die Entstehung der ukrainischen Nation 140.000 Jahre zurückliegt. In dem von Turtschenko und Moroko herausgegebenen Geschichtslehrbuch für die 9. Klasse heißt es, dass die Ukrainer Ende des 18. Jahrhunderts eines der größten Völker Europas waren", so der russische Diplomat.

Nebensja [führte](#) noch einige weitere Beispiele aus ukrainischen Lehrbüchern an, um das bemerkenswerte Geschichtsbild der neueren Ukraine zu illustrieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d5ec2b480cc4fc561eb13.png>

22:20 de.rt.com: **US-Verteidigungsministerium testet Hochleistungsmikrowellen-Technik zur Abwehr gegen Drohnen**

US-Rüstungsunternehmen ist nach Angaben der US-Armee die Zerstörung größerer Drohnenschwärme durch eine neue Technik mit Hochleistungsmikrowellen gelungen. An den Abwehrsystemen arbeiten derzeit insbesondere die US-Waffenhersteller Epirus, Raytheon Technologies und Leonardo DRS.

Drohnen gehören auch beim Militär zunehmend zum Alltag. Neben den vielen Vorteilen, die diese unbemannten Fluggeräte mit sich bringen, steigen allerdings gleichzeitig auch die damit einhergehenden Gefahren. Und da die Bedrohung durch Drohnenschwärme mit dem Fortschritt der Technik immer mehr zunimmt, bemühen sich Militärs weltweit, diese auch effektiv zu bekämpfen.

In den USA ist es die US-Armee, der die Leitung in diesem Forschungsbereich anvertraut wurde. Das eigens hierfür gegründete Joint Counter-Small Unmanned Aircraft Systems Office ([JCO](#)) ist eine Behörde, die sich mit den Möglichkeiten zur Bekämpfung von kleinen unbemannten Luftfahrzeugen (UAS) beschäftigt. Dabei arbeitet das JCO mit verschiedenen Rüstungsunternehmen zusammen. Nun ist den US-Waffenherstellern Epirus, Raytheon Technologies und Leonardo DRS nach Angaben des JCO an jeweils eigenen Beispielplattformen der erfolgreiche Test einer neuen Technik unter Verwendung von Hochleistungsmikrowellen gelungen, mit deren Hilfe mehrere Drohnen gleichzeitig ausgeschaltet werden könnten.

Auf einem Testgelände im US-Bundesstaat Arizona demonstrierten die drei Rüstungsunternehmen den anwesenden Vertretern des JCO die [Einsatzmöglichkeiten](#) boden- sowie luftgestützter Abwehrsysteme, die zur Zerstörung ihrer Ziele Hochleistungsmikrowellen verwenden. Das System setzt demnach "fokussierte elektromagnetische Impulse von einem festen Standort am Boden aus ein, um unbemannte Luftfahrzeuge zu zerstören oder auszuschalten", hieß es hierzu in einer Erklärung des JCO. "In der ersten Woche konzentrierten wir uns bei den Hochleistungsmikrowellen in erster Linie darauf, wie gut der Effektor sendet", sagte Michael Di Gennaro, Leiter des JCO-Testteams, bei einer Pressekonferenz am 11. Mai. Und er fügte hinzu:

"Wir haben uns die Reichweite angesehen, um die ankommenden Ziele zu bekämpfen, und auch die Zeit, die wir brauchten, um das Ziel entweder abzuschrecken oder zu besiegen."

Als Ziele erachtete man im Rahmen der Tests demnach Drohnen der sogenannten Kategorien eins bis drei. Drohnen der Gruppe eins wiegen bis zu 20 Pfund (etwa 44 kg Masse), unbemannte Luftfahrzeuge der Gruppe zwei zwischen 21 und 55 Pfund (46 bis 121 kg), und Drohnen der Gruppe drei haben sogar eine Masse von 122 kg und mehr (mehr als 55 Pfund Gewicht).

Insgesamt schnitten die Drohnenabwehrsysteme der Waffenhersteller entsprechend den vorab gestellten Anforderung gut ab. Zwar wurde das System von Leonardo DRS – ein sogenannter Vektorinversionsgenerator – "dadurch behindert, dass es keine Antenne zum Abstrahlen hatte", so Di Gennaro. Allerdings besitzt es die Fähigkeit, vom staatlichen Kommando- und Kontrollsystem erkannte Gefahren weiterzuleiten und dann die zur Abwehr der Bedrohung erforderliche Energie zu erzeugen. "Damit waren wir in der Lage, die Leistungsabgabe und die Zeitspanne, in der der elektromagnetische Impuls auf das Ziel einwirkte, mit dem Einsatz von Instrumenten zu erfassen", erklärte Di Gennaro.

Das Epirus-System wiederum war Di Gennaro zufolge dazu in der Lage, "Ziele in genau dem Bereich zu bekämpfen, der normalerweise mit den derzeit im Einsatz befindlichen Geräten in Verbindung gebracht wird". Zudem verspreche es, "in Zukunft noch etwas effektiver zu sein". Das Raytheon-System "befand sich zum Zeitpunkt der Tests noch in der Entwicklung und ist vielversprechend für die Zukunft", sagte er. "Die mögliche Reichweite zur Bekämpfung

ankommender Ziele war (bei diesem System) allerdings etwas geringer" als bei den Konkurrenten.

Das JCO bewertete auch die von US-Militärdienstleistern bereits als Content-as-a-Service ([CaaS](#)) im Rahmen von Cloud-Computing Service-Modellen zur Verfügung gestellten Abwehrsysteme zur Bekämpfung kleiner Drohnen, die im Auftrag der US-Regierung derzeit schon im Einsatz sind. Hierfür erhielt das JCO insgesamt 25 Beispiele für CaaS-Kooperationen und wählte fünf davon aus, um ihre Fähigkeiten zu demonstrieren. Diese fünf Konkurrenten waren Anduril Industries, Black Sage, CACI, Rafael Systems Global Sustainment und SAIC. Di Gennaro äußerte diesbezüglich:

"Wir hatten fünf sehr komplexe Architekturen vor uns. Jede von ihnen brachte eine Vielzahl verschiedener Komponenten zur Erkennung, Identifizierung, Verfolgung und Bekämpfung mit, und wir testeten jede dieser Komponenten sowohl einzeln als auch im System, was in einem Szenario zur Verteidigung der vorgeschobenen Operationsbasis gipfelte."

Und weiter:

"Dies war sowohl für uns als auch für die Unternehmen ein Lernprozess. Wir hatten Architekturen da draußen, die vorher noch nicht zusammengearbeitet hatten, insbesondere Komponenten und Architekturen, die zum ersten Mal auf den Markt kamen."

Das JCO sei in der Lage gewesen, neue Industriepartnerschaften zu bilden und Unternehmen aus verschiedenen Sparten zusammenzubringen, die zuvor nicht zusammengearbeitet hatten, erklärte Gennaro.

"Sie probieren neue Kombinationen aus. Sie entwickeln Dinge, während wir arbeiten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627cd3bf48fbef3be92fd84f.jpg>

22:40 de.rt.com: "Use it or lose it": Bundeskanzler Nehammer droht mit Übernahme der Gazprom-Speicher

Sollte sich der russische Konzern Gazprom weigern, seinen Untergrundspeicher Haidach bei Salzburg selbst zu füllen, könnte Österreich ihn anderen Energieunternehmen zur Verfügung stellen, um seine strategische Reserve für den Fall eines potenziellen Lieferstopps aus Russland zu sichern. Dies sagte der österreichische Bundeskanzler, Karl Nehammer, in einem Interview mit der Kronen Zeitung.

Auf eine Frage des Blatts nach den möglichen Plänen Wiens, den Speicher nach dem Beispiel Deutschlands zu verstaatlichen, antwortete Nehammer:

"Nein, es gibt andere Möglichkeiten, um auf den Speicher zuzugreifen. Das heißt 'use it or lose it'. Wenn du ihn benutzt, ist alles okay, wenn du ihn nicht benutzt, können andere Firmen darauf zugreifen."

Für die Übernahme werde zurzeit der notwendige rechtliche Rahmen geschaffen, so Nehammer:

"Wir gehen das entschlossen an. Wenn er nicht gefüllt wird, sollen ihn andere

Energieunternehmen nutzen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627d6b89b480cc1ad9261cb6.jpg>

22:41 de.rt.com: **Putin: Russland erwartet die größte Weizenernte aller Zeiten**

Russland erwartet in diesem Jahr eine Rekordernte bei Weizen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag unter Berufung auf vorläufige Daten. Das könne angesichts drohender Hungersnöte bei der weltweiten Lebensmittelversorgung helfen.

Russlands Präsident Wladimir Putin erwartet in diesem Jahr eine Rekordernte beim Weizen und hat eine Steigerung des Exports angekündigt.

"Nach Einschätzung von Spezialisten – das sind natürlich nur vorläufige Schätzungen – könnte sich die Getreideernte auf 130 Millionen Tonnen belaufen, darunter 87 Millionen Tonnen Weizen", sagte Putin am Donnerstag auf einer Regierungssitzung und merkte an, dass "dies ein Rekord [der Weizenernte] in der gesamten Geschichte Russlands werden kann".

Zu Beginn von Beratungen mit Kollegen aus den anderen G7-Staaten in Weißenhäuser Strand an der Ostsee beklagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) am Donnerstag, dass derzeit 25 Millionen Tonnen Getreide in ukrainischen Häfen blockiert seien, insbesondere in Odessa. Das Getreide werde dringend in afrikanischen Ländern und im Nahen Osten gebraucht. Es braue sich eine Ernährungskrise zusammen, die durch den Klimawandel verschärft werde.

Das hat auch UN-Generalsekretär António Guterres jüngst beklagt. Die Sicherstellung der globalen Lebensmittelversorgung könne nur gelingen, wenn ukrainische Agrarerzeugnisse, russische Lebensmittel und Dünger trotz des Krieges in der Ukraine wieder zurück auf die Weltmärkte gelangen. Die angespannte Lage auf den Agrarmärkten steht auch im Zentrum eines Treffens der G7-Agrarminister am Freitag und Samstag in Stuttgart. Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) als Gastgeber sagte bereits am Wochenende, davon solle das Signal ausgehen, dass die Reihen für eine gesicherte Ernährung weltweit und für freien Handel geschlossen seien. Der G7-Gruppe gehören Deutschland, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, die USA und Großbritannien an, erwartet wird diesmal aber auch der ukrainische Ressortchef.

Dem russischen Präsidenten zufolge wird der aktuelle Rekord "nicht nur die Deckung des Inlandsbedarfs mit einer Marge ermöglichen, sondern auch die Versorgung unserer Partner auf dem Weltmarkt steigern, was für die weltweiten Lebensmittelmärkte sehr wichtig ist." Putin fügte hinzu, dass eine Reihe von Ländern von einer Hungersnot bedroht seien, und wies darauf hin, dass die Schuld dafür allein bei den westlichen Eliten liege.

Die größte Getreideernte Russlands wurde 2017 mit 135,5 Millionen Tonnen verzeichnet,

davon 86 Millionen Tonnen Weizen. Im Jahr 2020 lag die Zahl bei 133,5 Millionen Tonnen Getreide (davon 85,9 Millionen Tonnen Weizen). Im vergangenen Jahr lag die Ernte bei 121,4 Millionen Tonnen (davon 76 Millionen Tonnen Weizen). Es wird erwartet, dass Russland in den kommenden Jahren seine Führungsrolle auf dem Weltweizenmarkt behalten wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d596248fbef389a70294d.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: Essen bald Luxus? Rekordanstieg bei Erzeugerpreisen

Zum Vorjahresmonat verzeichneten die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im März den höchsten Preisanstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1961, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Die Linke fordert ein Verbot der Lebensmittelspekulation.

Wohnen, Heizen und Mobilität stellen bereits für viele Menschen eine enorme Belastung dar. Auch die Lebensmittelpreise steigen rapide an. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sind im März im Rekordtempo gestiegen. Sie legten zum März des vergangenen Jahres um 34,7 Prozent zu. Das sei der höchste Preisanstieg gegenüber einem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung 1961 gewesen, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Allein im Vergleich zum Februar sind die Preise demnach um gut 15 Prozent geklettert. Sowohl die Preise für pflanzliche Erzeugnisse (plus 42,1 Prozent) als auch für tierische Erzeugnisse (plus 29,5 Prozent) schossen hoch.

Bei den pflanzlichen Produkten lagen die Preise im März ganze 70,2 Prozent über dem Vorjahresmonat. Zum Teil ist der Preisanstieg auf die Entwicklung im Handel mit Getreide zurückzuführen, das sich bereits seit Juli 2020 verteuert. "Ausschlaggebend für die enorme Preissteigerung bei Getreide ist die Verknappung des Angebots infolge des Kriegs in der Ukraine", [hieß](#) es bei der Behörde. Dadurch habe sich die bereits zuvor angespannte Situation auf dem Weltmarkt mit einer hohen Nachfrage im In- und Ausland noch einmal deutlich verschärft.

Deutlich teurer wurde mit einem Plus von 70 Prozent auch Raps. Auch hier beeinträchtigen fehlende Lieferungen aus der Schwarzmeerregion das weltweite Angebot. Die Erzeugerpreise für Kartoffeln stiegen im März weiter und verdoppelten sich binnen Jahresfrist beinahe, mit einem Plus von 91,7 Prozent. Das liege an witterungsbedingt geringen Ernten und einem relativ niedrigen Preisniveau im Vorjahresmonat, so die Statistiker. Hingegen sanken die Erzeugerpreise für Obst um gut zwölf Prozent.

Zur Entlastung schmalerer Geldbeutel: Sozialverbände fordern Absenkung der Steuern auf Lebensmittel

Die Erzeugerpreise beschreiben das Entgelt ohne Umsatzsteuer, das die Landwirte für ihre

Produkte auf der ersten Handelsstufe erzielen. Steigende Erzeugerpreise können tendenziell zu höheren Verbraucherpreisen führen. Der Deutsche Bauernverband erwartet, dass Lebensmittel wegen des Kriegs in der Ukraine noch teurer werden.

UN-Generalsekretär António Guterres hat am Mittwoch in Wien erklärt, er sei sehr besorgt über die Ausbreitung des Hungers, da der Krieg in der Ukraine die Ernährungssicherheit in verschiedenen Teilen der Welt bedrohe. Der bereits sehr hohe Preis für das Getreide hat sich im April nochmals erhöht, wie auch die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) in der vergangenen Woche berichtete.

Da zu erwarten ist, dass die Erzeuger die höheren Preise an die Verbraucher weiter geben, sprechen sich Experten für angemessene Entlastungen der Menschen aus. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher betonte mehrfach, dass die aktuelle Inflation "zutiefst unsozial" ist. Sie treffe vor allem Menschen mit einem geringen Einkommen, da diese anteilmäßig sehr viel mehr Geld für Energie und Lebensmittel ausgeben als Menschen mit einem höheren Einkommen. Eine Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank (EZB) könne das Problem aber nicht in der Substanz beheben, da diese die Preiserhöhung bei Gas, Öl oder Lebensmitteln nicht ändert. Der DIW-Chef sieht hier den Staat in der Pflicht zu helfen.

"Ich befürchte, wir haben das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht und werden einen weiteren Anstieg der Lebensmittelpreise erleben, da die Lieferketten weiterhin gestört sind", so Fratzscher. "Die Politik sollte nicht länger warten, sondern jetzt handeln, um frühzeitig soziale Härten zu vermeiden."

Die Linke verwies auf weitere Gründe für die enorme Verteuerung und Verknappung von Lebensmitteln und fordert ein Verbot von Spekulation mit Nahrung und Agrarrohstoffen. Bei einer Inflationsrate von mehr als sieben Prozent wüssten viele Menschen nicht, wie sie den nächsten Einkauf bezahlen sollten, sagte die Linken-Vorsitzende Janine Wissler der Deutschen Presse-Agentur.

"Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist ein Grund für die Teuerung, aber nicht der einzige", sagte Wissler. "Hedgefonds setzen weiterhin auf Verknappung des Angebots, spekulieren und treiben somit die Preise zusätzlich in die Höhe." Die Bundesregierung müsse dies unterbinden. "Es braucht ein klares Verbot, damit nicht durch künstliche Verknappung mit steigenden Preisen weiterer Profit gemacht wird und Hungersnöte verschärft", mahnte Wissler.

Möglich wäre dies aus Sicht der Linken zum Beispiel, indem Mengen je Händler und Rohstoff gedeckelt werden. In einem Händlerregister sollen sich alle anmelden müssen, die mit Agrarrohstoffderivaten handeln. Zudem schlägt die Linke vor, höhere Sicherheiten für Agrarrohstoffderivate zu verlangen oder eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d00f0b480cc3bcb3f9519.jpg>

6:30 de.rt.com: **Polens Ministerpräsident fordert "Entputinisierung" Russlands – nach Vorbild Nazideutschlands**

Als erbitterter Putin-Kritiker hat Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki erneut vor der von Moskau ausgehenden Gefahr für die Welt gewarnt. Er zog wieder Parallelen zwischen dem russischen Staatschef und Adolf Hitler und warf ihm Eroberungsambitionen im Westen vor.

Der russische Nationalismus sei eine tödliche Bedrohung für die Welt, und der Westen müsse Moskau genauso wie einst Nazideutschland behandeln, schrieb der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in einem Meinungsbeitrag, der am Dienstag in der britischen Zeitung Telegraph veröffentlicht wurde. Morawiecki, der den russischen Präsidenten Wladimir Putin zuvor bereits bei vielen Gelegenheiten mit dem Nazi-Führer Adolf Hitler und dem sowjetischen Diktator Josef Stalin verglichen hatte, ging diesmal noch weiter, indem er behauptete, Russlands Staatsoberhaupt sei "noch gefährlicher".

Die sogenannte "russische Welt" sei eine imperialistische Ideologie, "das Äquivalent des Kommunismus und des Nazismus des 20. Jahrhunderts", mit dem Russland "erfundene Rechte und Privilegien für sein Land rechtfertigt", betonte der polnische Politiker. Er bezeichnete den russischen Nationalismus ferner als "ein Krebsgeschwür, das nicht nur die Mehrheit der russischen Gesellschaft befällt, sondern auch eine tödliche Bedrohung für ganz Europa darstellt". Morawiecki fuhr fort:

"Deshalb reicht es nicht aus, die Ukraine in ihrem militärischen Kampf mit Russland zu unterstützen. Wir müssen diese monströse neue Ideologie vollständig ausrotten."

Darüber hinaus warf der polnische Ministerpräsident Putin Geschichtsrevisionismus vor und bezog sich dabei auf die von Warschau seit Langem vertretene Position, dass das Dritte Reich und die Sowjetunion gleichermaßen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hätten.

Morawiecki schrieb:

"Vor nicht allzu langer Zeit führte Polen einen Informationskrieg mit Russland über die Entstehung des Zweiten Weltkriegs. Wir haben gewonnen, aber Putin hat sein Ziel erreicht. Er hat das Internet mit Millionen von Fake News infiziert."

In Bezug auf den Ukraine-Krieg sah Polens Ministerpräsident die westlichen Länder durch die Eroberungsambitionen Moskaus bedroht, das sich "auf einen langen Marsch in Richtung Westen begeben" habe, und forderte andere Länder auf, Schritte zu einer sofortigen "Entputinisierung" Russlands einzuleiten:

"So wie Deutschland einst entnazifiziert wurde, ist 'Entputinisierung' heute die einzige Chance für Russland und die zivilisierte Welt. Wenn wir diese Aufgabe nicht sofort in Angriff nehmen, werden wir nicht nur die Ukraine verlieren, sondern auch unsere Seele, unsere Freiheit und Souveränität."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d228cb480cc3bd465f467.jpg>

7:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew nimmt Rache an Bewohnern im Gebiet Charkow**

Ukrainische Neonazis und der ukrainische Geheimdienst SBU führen gemeinsam Racherazzien gegen Bewohner im Gebiet Charkow durch, erklärte der Leiter des russischen nationalen Verteidigungskontrollzentrums, Generaloberst Michail Misinzew, am Donnerstag Reportern. Der General sagte:

"Nach bestätigten Angaben führen Neonazis gemeinsam mit Offizieren des Sicherheitsdienstes der Ukraine Racherazzien im Gebiet Charkow durch, um die Einwohner auf Anzeichen für pro-russische Ansichten sowie auf die Weitergabe von Informationen an russische Soldaten und Vertreter der Volksmilizen der Donbass-Republiken zu überprüfen. Alle Verdächtigen werden gemäß dem Artikel 'Kollaboration' des ukrainischen Strafgesetzbuches verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht."

Misinzew bezeichnete solche Aktionen als verbrecherisch und sagte, dass sie darauf abzielten, die ukrainischen Bürger einzuschüchtern, "um die derzeitige katastrophale Situation im Land zu verschleiern".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627d7347b480cc379420cdf7.jpg>

wpered.su: **Kommunisten aus Gorlowka übergaben humanitäre Hilfe an Soldaten der DVR**
Kommunisten aus Gorlowka übergaben humanitäre Hilfe in Form von Kleidung und Bettwäsche an Soldaten der Donezker Volksrepublik. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

7:30 de.rt.com: **Kiew: Verhandlungen um Soldaten in Stahlwerk Asowstal gehen weiter**

Kiew will ein Dokument darüber unterzeichnen, wie die Evakuierung aus dem belagerten Stahlwerk Asowstahl in der Hafenstadt Mariupol erfolgen soll. Angestrebt sei eine Evakuierung in mehreren Etappen, sagte Vize-Regierungschefin Irina Wereschtschuk am Donnerstagabend. An erster Stelle stehe die Rettung von 38 schwer Verwundeten. Sollte dies klappen, "dann bewegen wir uns weiter". Die Ukraine sei unter anderem bereit, russische Kriegsgefangene für die Verwundeten aus Asowstahl auszutauschen.

Die Bemühungen um die Rettung der Soldaten würden mit internationaler Unterstützung fortgesetzt. "Wir haben eine neue Runde von Verhandlungen eröffnet", sagte Wereschtschuk. Kiew habe den Vereinten Nationen und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz das Mandat zu den Gesprächen mit der russischen Seite erteilt, die Türkei sei inzwischen als Vermittler dabei.

Am 7. Mai hatte Wereschtschuk mitgeteilt, dass alle Zivilisten aus dem Werksgelände evakuiert worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627de4ff48fbef37f72b3e06.jpg>

9:00 de.rt.com: **Ex-Präsident Medwedew prognostiziert "Zusammenbruch der US-zentrierten Welt" als Folge der Sanktionen gegen Russland**

Der frühere russische Präsident Dmitri Medwedew hat am Freitag auf seinem Telegram-Kanal eine Prognose über die Folgen der antirussischen Sanktionen veröffentlicht. Diese beinhaltet zehn Punkte.

Nach Ansicht des derzeit stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Russischen Föderation werde die Welt mit folgenden Ereignissen konfrontiert sein: Einer Logistikkrise sowie einer Energiekrise in Ländern, die Öl und Gas aus Russland ablehnen. Dazu komme eine weltweite Nahrungsmittelkrise sowie Hungersnöte in bestimmten Ländern. Mancherorts erwartet Medwedew eine galoppierende Inflation und eine Finanzkrise, neue regionale militärische Konflikte, verstärkte Terrorgefahr und weitere Epidemien. Eine neue Sicherheitsarchitektur und neue Allianzen würden entstehen, die US-zentrierte Welt werde zusammenbrechen, prognostizierte der Politiker.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627dff5ab480cc0ddd42b5ef.jpg>

10:41 (9:41) novorosinform.org: **Kiew stellte die Aufgabe, die Front bei von Sewerodonezk um jeden Preis zu halten – Medien**

Der Generalstab der Ukraine überführe 5.000 Kämpfer und 300 Einheiten Militärtechnik in die ehemalige Region Lugansk, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“.

Das Büro des Präsidenten der Ukraine habe den Generalstab beauftragt, zusätzliche Reserven

in die Region Sewerodonezk zu verlegen, um einen weiteren Durchbruch der Streitkräfte der Russischen Föderation und der LPR zu verhindern. 5.000 Soldaten und 300 Ausrüstungsgegenstände seien in die ehemalige Region Lugansk geschickt worden, schreibt „Resident“ unter Berufung auf seine eigene Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine. "Auf Bankowaja haben sie sich die Aufgabe gestellt, um jeden Preis die Front zu halten und unsere Gruppe nicht einzukreisen", heißt es in der Mitteilung. Es wird auch berichtet, dass die Territorialverteidigung und Reserven der Streitkräfte der Ukraine, die sich zuvor an der Grenze zu Weißrussland befanden, in die Region Sewerodonezk geschickt wurden.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/74/44374_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 285 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt**. 41 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für 122mm-Artilleriehaubitzen 2S1 „Gwosdika“, 3 Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge „Kasak-2“ vernichtet. Eine 152mm-Haubitzen 2A65 „Msta-B“, 2 Panzertransporter und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

10:20 de.rt.com: **Lettischer Außenminister: Ostsee wird zu einem Meer der NATO**

Die Außenminister von Estland, Lettland und Litauen begrüßen das Vorhaben Schwedens und Finnlands, der NATO beizutreten. In einem Interview mit der Financial Times betonte der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs, dass die Ostsee damit zu einem Meer der NATO werde.

Weiter erklärten die drei Minister der Zeitung, dass sie sich bemühen werden, jeden Beitrittsantrag Finnlands und Schwedens so schnell wie möglich zu ratifizieren. Sie betonten, dass sowohl ihre Länder als auch die NATO allgemein von den Streitkräften Finnlands und Schwedens profitieren würden.

Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis sagte in einem weiteren Interview: "Es ist

eine sehr klare Botschaft, dass der nördliche Teil Europas NATO-Gebiet ist. Aus allen praktischen, politischen und sicherheitspolitischen Gründen wäre das sicherer."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e06cdb480cc04dc448bd8.jpg>

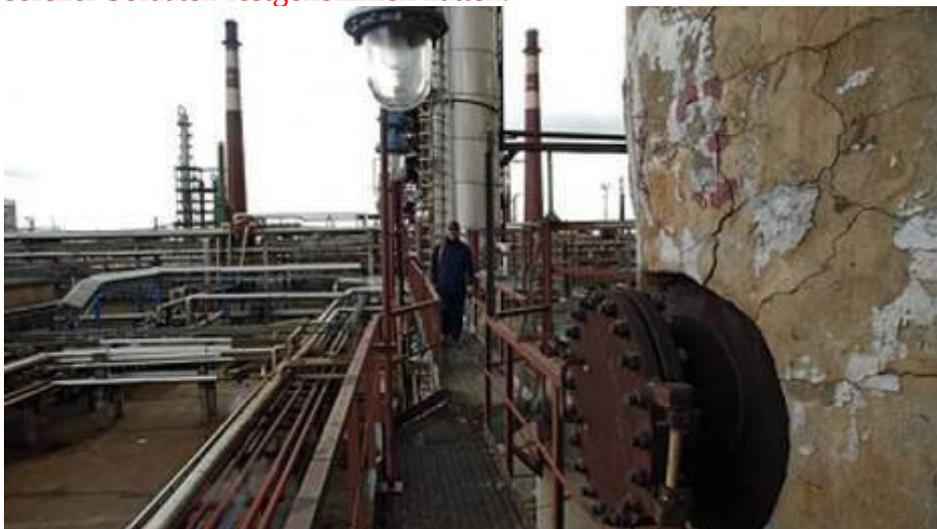
11:32 (10:32) **novorosinform.org: Die Volksmiliz der LVR hat das Werk "Sarja" in Rubischnoje geräumt**

Einheiten der Volksrepublik Lugansk befreiten eine große Chemiefabrik in Rubischnoje und säuberten auch das Industriegebiet.

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR, Iwan Filiponko, sagte, dass in Rubischnoje eine vollständige Säuberung des Industriegebiets durchgeführt wurde, berichtet TASS. Er fügte hinzu, dass ukrainische Kämpfer versuchten, in einen der Bezirke der Stadt einzudringen.

"Die Volksmiliz der LVR hat einen Versuch der bewaffneten Formationen der Ukraine gestoppt, in das Gebiet der Stadt Rubischnoje einzudringen", sagte Filiponko.

Zuvor erklärte der Kommandant von Rubischnoje mit dem Rufzeichen „Kambrod“, dass die Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine versuchen, die befreite Stadt unter dem Deckmantel von Zivilisten zu verlassen. Er wies darauf hin, dass die LVR-Sicherheitskräfte kürzlich mehrere solcher Soldaten festgenommen hätten.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/82/44382_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der**

Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

5 Mann;

1 Schützenpanzerwagen;

2 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 16

Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und Mörsern des Kalibers 120mm auf die Ortschaften Perwomajsk und Kremennaja abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern wurde dank koordinierter Handlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR ein **Versuch der nationalistischen Formationen der Ukraine in das Gebiet von Rubeshnoje durchzubrechen verhindert.**

Außerdem haben Einheiten der Volksmiliz der LVR das **Industriegebiet von Rubeshnoje vollständig gesäubert.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

10:50 de.rt.com: Gazprom verringert Buchungskapazität für Gastransit

Russland hat seine Buchungskapazität für den Gastransit durch die Ukraine im Rahmen der Spiegelsanktionen offenbar gekürzt. Wie die Kiew am Freitag mitteilte, liege die über die Sudscha-Route gebuchte Kapazität für Freitag lediglich bei 60,8 Millionen statt der zuvor angekündigten 65,7 Millionen Kubikmetern. Für Donnerstag hatte der russische Energiekonzern Gazprom den Angaben zufolge eine Transitzkapazität von 53,45 Millionen Kubikmetern gebucht.

Bereits am Donnerstag ging der Transit von russischem Gas durch die Ukraine nach Europa spürbar zurück. Nach Angaben des ukrainischen Netzbetreibers OGTSU lag das Auftragsvolumen für die Durchleitung von Gas aus Russland am Donnerstag lediglich noch bei 53,2 Millionen Kubikmetern. Laut dem aktuellen Transitvertrag könnten täglich allerdings maximal 110 Millionen Kubikmeter an russischem Gas durch Pipelines nach Europa gepumpt werden. Dass der Transit von russischem Gas nach Europa durch die Ukraine nachlässt, könnte jedoch auch an Kiew liegen.

Ein Gazprom-Sprecher hatte am Donnerstag erklärt, dass ein Antrag, weitere Mengen über die im Grenzgebiet zu Lugansk liegende Gasmessstation Sochanowka einzuspeisen, von der Ukraine allerdings abgewiesen worden sei. Zuvor hatte die Ukraine angekündigt, den Transit von Gas aus Russland nach Europa teilweise einzustellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e0cd448fbef389a70297f.jpg>

11:08 de.rt.com: **USA wollen keine Atomwaffen an Ukraine liefern – Aber ...**

Washington werde Kiew keine Atomwaffen geben, versicherte die stellvertretende Außenministerin Karen Donfried am Donnerstag während einer Anhörung im US-Senat. Doch bei der Frage nach einem atomaren Erstschlag zeigte sich die Politikerin weniger eindeutig.

Die USA würden der Ukraine keine Atomwaffen liefern, dass sei "keine Frage", stellte die die stellvertretende US-Außenministerin Karen Donfried am Donnerstag während einer Anhörung im US-Senat klar. Allerdings wollte Donfried gleichzeitig einen atomaren Erstschlag der USA nicht explizit ausschließen.

"Die Vereinigten Staaten sind keine Partei in diesem Konflikt", sagte Donfried bei der Anhörung des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des US-Senats. Sie fügte hinzu, dass "die Vereinigten Staaten der Ukraine Sicherheitshilfe und Waffen zur Verfügung stellen, aber es steht nicht zur Debatte, dass die USA der Ukraine Atomwaffen zur Verfügung stellen". Senator Ed Markey, ein Demokrat aus Massachusetts, versuchte anschließend, der Politikerin die Erklärung zu entlocken, dass die USA keine "existenzielle Bedrohung" für Russland darstellen und nicht die erste Partei sein würden, die Atomwaffen einsetzt – doch Donfried wich bei beiden Fragen aus und wiederholte lediglich, dass die USA nicht direkt am Ukraine-Konflikt beteiligt seien und sich daher nicht im Krieg mit Russland befänden.

Russland ist jedoch der Ansicht, dass die USA sehr wohl an dem Konflikt beteiligt sind, weil sie Waffen und Geheimdienstinformationen an Kiew liefern. Außenminister Sergei Lawrow hatte Washington und den NATO-Ländern vorgeworfen, "im Wesentlichen durch einen Stellvertreter in den Krieg gegen Russland zu ziehen und diesen Stellvertreter zu bewaffnen", während Präsident Wladimir Putin mit einer "schnellen, blitzschnellen" Antwort auf jede Einmischung von außen gedroht hatte, die die nationale Sicherheit Russlands gefährdet. Russland verfolgt in Bezug auf Atomwaffen eine "No First Use"-Politik. Ausnahme ist eine Situation, in der die Existenz des russischen Staates durch nukleare oder konventionelle Waffen bedroht ist. Die USA sind, was einen Erstschlag mit Atomwaffen betrifft, weniger explizit. Laut Washington dienen Atomwaffen zwar vorrangig der Abschreckung, aber unter "[extremen Umständen zur Verteidigung der lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten und Partner](#)" könnten diese eingesetzt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e10bc48fbef633b500bc2.jpg>

11:15 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: EU kündigt weitere 500 Millionen Euro Militärhilfe an**
Wie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Freitag beim Treffen der G7-Außenminister in Weißen Haus angekündigt hat, will die Europäische Union der Ukraine weitere Militärhilfe im Umfang von 500 Millionen Euro zukommen lassen. Damit würden sich die für die Ukraine zur Verfügung stehenden EU-Mittel für Militärhilfe auf zwei Milliarden Euro erhöhen. Die Mittel sind unter anderem für persönliche Schutzausrüstung, Erste-Hilfe-Ausstattung und Treibstoff bestimmt. Allerdings auch für Waffen zur Verteidigung. Ein erstes Paket mit 500 Millionen Euro war bereits Ende Februar bewilligt worden, ein weiteres Ende März. Im April stellte die EU der Ukraine nochmals 500 Millionen Euro zur Verfügung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e106448fbef62240dcd76.jpg>

12:27 (11:27) novorosinform.org: **Die BFU-Gruppierung in Awdejewka befindet sich in "operativer Einkreisung" – Puschilin**

Ukrainische Kämpfer in dieser Richtung haben keine Möglichkeit, Rotationen durchzuführen und Munition aufzufüllen, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin. Die alliierten Streitkräfte haben die ukrainischen bewaffneten Verbände im Gebiet Awdejewka eingekreist. Dies wurde am Freitag, dem 13. Mai, von Denis Puschilin im „Ersten Kanal“ bekanntgegeben, berichtet RIA Novosti.

„Wir können über die operative Einkreisung (feindlicher Gruppierungen in Awdejewka und Umgebung) sprechen, d.h. über die Blockierung aller wichtigen Punkte für die Munitionsversorgung und die Blockierung der Möglichkeit feindlicher Rotationen“, sagte Puschilin .

Dabei fügte er hinzu, dass es noch verfrüht sei, über „einen vollwertigen Großkessel“ im Gebiet von Awdejewka zu sprechen.

Es sei daran erinnert dass ukrainische Kämpfer von ihren Positionen in Awdejewka aus seit vielen Jahren Wohngebiete von Donezk, Makeevka und Jasinowataja sowie andere Siedlungen der Republik beschießen.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/87/44387_720x405.jpg

11:45 de.rt.com: **Scholz will Kontakt mit Putin fortsetzen**

Wie Teilnehmer berichten, habe Bundeskanzler Olaf Scholz im Verteidigungsausschuss des Bundestages angekündigt, sich um ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bemühen zu wollen.

"Ich habe vernommen, klar vernommen, dass der Kanzler auch eine neue Initiative eines Gesprächs mit Putin angekündigt hat", sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Wolfgang Hellmich nach der etwa einstündigen Sitzung mit Scholz. Der Kanzler habe dies nach dem Motto getan: "Vor dem 9. Mai machte das keinen Sinn, aber wir müssen einen neuen Anlauf nehmen, weil man muss sprechen miteinander."

Ohne Gesprächskanäle könne man in dem Konflikt nicht zu einer Lösung kommen. Scholz hatte nach Kriegsbeginn mehrfach mit Putin telefoniert, dann brach der Kontakt ab. In einem Stern-Interview hatte der Kanzler in der vergangenen Woche gesagt, dass er vor vier Wochen zuletzt mit dem russischen Präsidenten gesprochen habe. Laut Mitteilung des Bundespresseamts fand das Telefonat am 30. März statt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e1c42b480cc0c7b1bf17e.jpg>

12:47 (11:47) novorosinform.org: **Im befreiten Mariupol nahmen Buslinien ihren Betrieb wieder auf**

Der Bürgermeister von Mariupol hat den Beginn des Betriebs von vier Buslinien in der Stadt bekanntgegeben.

In Mariupol würden außerdem weiter die Strecken repariert, auf denen früher Straßenbahnen und Oberleitungsbusse fuhren. Das teilte der Bürgermeister der Stadt Konstantin Iwaschtschenko mit, berichtet DAN.

Er sagte auch, dass das Wasserversorgungssystem in Mariupol seit heute teilweise funktioniere. Einige Bezirke der Stadt würden bereits mit Wasser über das städtische Netz versorgt, sagte der Bürgermeister.

Zuvor wurde bekannt, dass die Stromversorgung der ersten sozialen Einrichtungen in Mariupol wieder aufgenommen wurde. Zu den angeschlossenen Einrichtungen gehören ein Krankenhaus und eine Ambulanzstation, eine dermatovenerologische Apotheke sowie Verwaltungsgebäude lokaler Energieunternehmen, teilte das Ministerium für Kohle und Energie der DVR mit.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/88/44388_720x405.jpg

nachmittags:

12:35 de.rt.com: **"Faschistische Aussagen" – Reaktion auf Morawieckis Forderungen zur "Auslöschung der russischen Welt"**

Irina Jarowaja, die stellvertretende Sprecherin der russischen Staatsduma, hat die Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki über die "Auslöschung der russischen Welt" als Verbrechen bezeichnet. Ihrer Meinung nach "übersteigt das Ausmaß der Russophobie die Skala aller Barometer".

"Die faschistische Aussage des polnischen Ministerpräsidenten ist nicht nur eine persönliche Schande, sondern auch ein Verrat an der Erinnerung an Tausende von Polen, die von Hitler und Bandera ermordet wurden, sowie an Tausende von Polen, die von sowjetischen Soldaten gerettet wurden. Das ist ein Verbrechen", wurde Jarowaja vom Pressedienst der Regierungspartei "Einiges Russland" zitiert.

Morawiecki, der den russischen Präsidenten Wladimir Putin zuvor bereits bei vielen Gelegenheiten mit dem Nazi-Führer Adolf Hitler und dem sowjetischen Diktator Josef Stalin verglichen hatte, ging in einem Interview mit der britischen Zeitung The Telegraph soweit, dass er behauptete, Russlands Staatsoberhaupt sei "noch gefährlicher".

Die sogenannte "russische Welt" sei eine imperialistische Ideologie, "das Äquivalent des Kommunismus und des Nazismus des 20. Jahrhunderts", mit dem Russland "erfundene Rechte und Privilegien für sein Land rechtfertigt", betonte Morawiecki. Er bezeichnete den russischen Nationalismus ferner als "ein Krebsgeschwür, das nicht nur die Mehrheit der russischen Gesellschaft befällt, sondern auch eine tödliche Bedrohung für ganz Europa darstellt". Morawiecki wörtlich:

"Deshalb reicht es nicht aus, die Ukraine in ihrem militärischen Kampf mit Russland zu unterstützen. Wir müssen diese monströse neue Ideologie vollständig ausrotten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e2733b480cc0f511b9582.jpg>

13:47 (12:47) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine beschießen Cherson ununterbrochen**

Einwohner von Cherson beschwerten sich über den andauernden Beschuss der Stadt von Nikolaew aus.

In Cherson sind seit gestern einzelne Granatexplosionen zu hören. Die Stadt wird fortlaufend von ukrainischen Kämpfern beschossen, die sich in Nikolaew niedergelassen haben, berichtet

der Telegram-Kanal „Readovka“.

„Alle Militäreinheiten befinden sich außerhalb der Stadt, und die Raketen fliegen direkt in das Zentrum von Cherson. Und es stellt sich eine naheliegende Frage: Warum schießt die Ukraine auf Zivilisten im Stadtzentrum?“, zitiert der Telegram-Kanal die erstaunten Bewohner von Cherson.

Die Quelle stellte auch fest, dass gestern ein massiver Raketenangriff von Nikolaew auf Cherson stattfand. Den Streitkräften der russischen Streitkräfte gelang es, die Raketen unterwegs abzufangen, aber die ukrainischen Kämpfer hörten nicht auf und beschossen heute weiter das Stadtzentrum.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/95/44395_720x405.jpg

13:47 (12:47) novorosinform.org: **Selenskij kündigte Verhandlungsbereitschaft mit Putin an**

Der Präsident der Ukraine bemerkte, dass die Frage der Verhandlungen mit dem russischen Führer jeden Tag komplizierter werde.

Die ukrainische Gesellschaft stehe den Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew ablehnend gegenüber. Dies erklärte der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem italienischen Fernsehsender Rai 1.

Gleichzeitig sagte er, er sei bereit für einen Dialog mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ohne seine Vermittler.

„Ich bin bereit, mit Putin zu sprechen. Aber nur mit ihm. Ohne einen seiner Vermittler. Und zu den Bedingungen des Dialogs und nicht zu den Bedingungen von Ultimaten“, betonte Selenskij.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow sagte seinerseits, dass Russland ein persönliches Treffen zwischen Putin und Selenskij nicht ablehne, aber zuvor müsse ein entsprechendes Dokument vorbereitet werden, das bei einem solchen Treffen fertiggestellt werden könne. Er stellte fest, dass es nicht möglich sei, eine Sitzung ohne solche vorbereitenden Maßnahmen abzuhalten.



https://www.novorosinform.org/content/images/43/96/44396_720x405.jpg

13:53 (12:53) novorosinform.org: **Zwischen dem Präsidenten der Ukraine und dem Generalstab der Streitkräfte der Ukraine gab es Meinungsverschiedenheiten**

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine Salushny weigert sich wegen der Gefahr der Einkreisung der Nationalen Bataillone in Sewerodonezk, den Anordnungen von Selenskij Folge zu leisten.

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij fordert, die Offensive der Nationalen Bataillone in Richtung Sewerodonezk fortzusetzen. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Walerij Salushny, kommt jedoch Selenskij's Forderungen nicht und erklärt, dass seine Armee „vollständig eingekreist“ und zerstört werde, wenn sie sich jetzt nicht zurückziehe. Dies wurde im Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“ berichtet.

Die Quelle kommentierte auch die Konfrontation zwischen den Kiewer Behörden und der Armee und erklärte, Selenskij akzeptiere den Rückzug seiner Truppen nur aus Angst vor "Imageverlusten" nicht:

„Selenskij denkt in PR und darf sich ‚Imageverluste‘ nicht erlauben, gerade vor dem Hintergrund, dass die Ukraine mit ‚unbesiegbaren westlichen Waffen‘ vollgepumpt wird.“



https://www.novorosinform.org/content/images/43/97/44397_720x405.jpg

12:55 de.rt.com: **Lawrow: Der "harmlose" Wunsch Kiews, der EU beizutreten, lässt Zweifel aufkommen**

Laut dem russischen Außenminister Sergei Lawrow habe Moskau ernsthafte Zweifel an der Harmlosigkeit der EU-Mitgliedschaftspläne der Ukraine.

Auf die Frage nach den Absichten der Ukraine, der Europäischen Union beizutreten, sagte er am Freitag zu Reportern in Duschanbe, der Hauptstadt Tadschikistans: "Dies ist eine Sache der Beziehungen Kiews zur Europäischen Union. Aber die Harmlosigkeit eines solchen

Wunsches Kiews lässt ernsthafte Zweifel aufkommen".

Nach Ansicht des Ministers habe sich die EU von einer konstruktiven Wirtschaftsplattform zu einem "aggressiven, militanten Akteur" entwickelt, der seine Ambitionen "weit über den europäischen Kontinent hinaus geltend macht.

Am Donnerstag hatte der Stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Dmitri Poljanski, erklärt, dass Russland keinen Unterschied mehr zwischen einem EU- und einem NATO-Beitritt der Ukraine sehe. Zudem betonte er, dass er derzeit "keine diplomatischen Möglichkeiten" sehe, den Konflikt zu lösen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e183148fbef621e7e761b.jpg>

13:25 de.rt.com: **Russische Ermittler verhören rund 4.000 ukrainische Soldaten, die sich ergeben haben**

Laut einer offiziellen Mitteilung vom Freitag hat das russische Ermittlungskomitee rund 4.000 gefangene ukrainische Soldaten verhört, darunter rund 200 Offiziere.

Zudem seien das zerstörte Theatergebäude in Mariupol und weitere zivile Infrastruktureinrichtungen, darunter beschädigte Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen inspiziert worden. Dabei seien Dokumente beschlagnahmt worden, einschließlich medizinischer Unterlagen, die es ermöglichten, eine Datenbank mit den Identitätsdaten von mehr als 450 Nationalisten des Asow-Regiments zu erstellen, hieß es in der Mitteilung.

Die entsprechenden Berichte seien an Alexander Bastrykin, den Leiter der Behörde, übergeben worden. Bastrykin hielt am Freitag in der Stadt Donezk eine operative Sitzung zur Untersuchung von Verbrechen ab, die von ukrainischen Streitkräften und nationalistischen Gruppen gegen Zivilisten und russische Soldaten in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie der Ukraine begangen worden waren.

14:25 (13:25) novorosinform.org: **Putin besprach mit Scholz die Situation im Donbass und bei „Asowstal“**

Das Telefonat habe auf Initiative der deutschen Seite stattgefunden, berichtet der Kreml-Pressedienst.

Am Freitag hatte der russische Präsident Wladimir Putin ein Telefongespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Die Seiten besprachen Aspekte der Durchführung einer speziellen Militäroperation Russlands zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, teilt der Pressedienst des russischen Führers mit.

Insbesondere berichtete Wladimir Putin seinem Kollegen von den Maßnahmen, die Russland zum Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass ergreift.

„Es wurde auch erwähnt, dass unter Beteiligung von Vertretern der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Zivilisten evakuiert wurden, die von den ukrainischen Sicherheitskräften im Werk Asowstal Mariupol festgehalten wurden“, heißt es in der Erklärung.

Der russische Präsident machte auf die kriminellen Handlungen ukrainischer Nationalisten aufmerksam und betonte die Anwendung „unmenschlicher terroristischer Methoden“ durch die Kämpfer. Während der Diskussion über die Situation auf dem Gebiet der russisch-ukrainischen Verhandlungen wurde festgestellt, dass sie „von Kiew blockiert“ wurden.

Die Parteien einigten sich darauf, die Gespräche über den Ukraine-Konflikt fortzusetzen und Kontakte "über verschiedene Kanäle" zu nutzen.



https://www.novorosinform.org/content/images/44/01/44401_720x405.jpg

14:35 (13:35) novorosinform.org: **Ex-Präsidenten der Ukraine haben die Weltgemeinschaft gebeten, bei der Evakuierung der Kämpfer aus „Asowstal“ zu helfen**
Mit der Bitte, Zivilisten und Sicherheitskräfte aus dem Werk Asowstal zu evakuieren, wandten sich die ehemaligen Präsidenten der Ukraine an die Weltgemeinschaft. Leonid Kutschma, Viktor Juschtschenko und Pjotr Poroschenko unterzeichneten einen Brief, in dem sie die Leiter der wichtigsten Länder und Vereinigungen aufforderten, „ukrainische Soldaten und einfache Einwohner von Mariupol aus dem Werk Asowstal zu retten“, berichtet der Telegram-Kanal „First News of War“.

"Jetzt sprechen wir nicht mehr von einem gleichen oder ungleichen Kampf. Vor den Augen der ganzen Welt gibt es einen Versuch blutiger Rache und Repressalien der Russen an denen, die sie, obwohl sie umzingelt sind, mit ihrem Geist und ihrer Willenskraft besiegt haben“, heißt es in dem Brief.

Es sei darauf hingewiesen, dass früher Irina Wereschtschuk über den Verlauf der Verhandlungen über die Evakuierung von Menschen aus dem Mariupol-Werk sprach und diesen Prozess als "sehr schwierig" bezeichnete. Die Kiewer Behörden versuchten, den Austausch verwundeter Kämpfer aus „Asowstal“ gegen gefangene Russen auszuhandeln, was bisher jedoch nicht gelungen ist.



https://www.novorosinform.org/content/images/44/02/44402_720x405.jpg

13:55 de.rt.com: **Moskau berichtet über FBI-Versuch, einen führenden russischen Journalisten in Washington anzuwerben**

US-Behörden und Geheimdienste üben Druck auf russische Journalisten in den Vereinigten Staaten aus und versuchen, russische Angestellte anzuwerben. Das teilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einer auf der Website der Behörde veröffentlichten Erklärung mit. Sie verkündete:

"Ein weiteres Beispiel für einen solchen beispiellosen Druck waren die beiden 'Annäherungsversuche' von Agenten des Federal Bureau of Investigation an den Leiter eines russischen Korrespondenten-Büros russischer Medien in Washington. Das Ziel war offensichtlich: den Journalisten aus dem Gleichgewicht zu bringen und ihn in eine kompromittierende 'Zusammenarbeit' zu verwickeln. Es hat nicht funktioniert."

Sacharowa betonte, dass Washington offiziell akkreditierten russischen Journalisten immer mehr Beschränkungen auferlege, um ihnen die Arbeit so schwer wie möglich zu machen oder sie einzuschüchtern und zur Abreise zu zwingen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e3efc48fbef5d7d146475.jpg>

14:25 de.rt.com: **Moskau bestätigt Zerstörung einer Ö Raffinerie im Gebiet Poltawa**

Russische Streitkräfte haben eigenen Angaben zufolge die Produktionsanlagen einer Ö Raffinerie im zentralukrainischen Gebiet Poltawa mit Präzisionswaffen zerstört. Laut dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, seien auch Tanks mit Benzin und Dieselkraftstoff, die für militärische Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte

bestimmt waren, zerstört worden.

Insgesamt hätten Russlands Streitkräfte innerhalb des vergangenen Tages mehr als 150 Ziele in der Ukraine aus der Luft angegriffen, sagte Konaschenkow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e2b1948fbef7c616eb11e.jpg>

14:35 de.rt.com: **Japans größter Ölkonzern Eneos stoppt Kauf von russischem Erdöl**

Das größte Ölunternehmen Japans, Eneos Holdings, stellt seine Ölimporte aus Russland ein. Das teilte der Leiter des Unternehmens, Takeshi Saito, am Freitag vor Reportern mit. Die Nachrichtenagentur Kyōdō News zitierte den Eneos-Chef wie folgt:

"Wir stoppen die Käufe angesichts des Reputationsrisikos."

Nach Angaben der Agentur betrug der Anteil des russischen Öls an den Einkäufen von Eneos bis zu fünf Prozent. Das Unternehmen beabsichtigt, diesen Anteil durch Lieferungen aus anderen Regionen der Welt zu ersetzen, unter anderem aus dem Nahen Osten.

Am 10. Mai erklärte der japanische Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie Kōichi Hagiuda, dass das Land derzeit nicht sofort und vollständig auf russische Öllieferungen verzichten könne, aber seine Abhängigkeit von russischen Energieressourcen schrittweise verringern werde. Russisches Öl macht etwa drei Prozent der gesamten Öleinfuhren Japans aus dem Ausland aus.

15:35 (14:35) novorosinform.org: **Die Türkei billigt die Initiative Finnlands und Schwedens, der NATO beizutreten, nicht – Erdogan**

Der türkische Präsident sagte, er betrachte die Möglichkeit, die beiden skandinavischen Länder in das Bündnis aufzunehmen, nicht als positive Entwicklung.

Ankara beobachte die Diskussion um einen möglichen NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens und sehe darin keine positiven Aspekte. Das teilte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit, [berichtet](#) RIA Novosti.

„Es gab bereits einen Fehler im Zusammenhang mit Griechenland. Sie kennen das Verhalten Griechenlands im Bündnis gegenüber der Türkei. Wir wollen keinen zweiten Fehler machen“, sagte er.

Erdogan nannte die skandinavischen Länder auch ein „Gästehaus für Terrororganisationen“ und stellte fest, dass sie die Angewohnheit hätten, Terroristen „Gastfreundschaft“ zu erweisen und sie ins Parlament zu lassen. Mit terroristischen Organisationen meint der türkische Führer Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans.



https://www.novorosinform.org/content/images/44/09/44409_720x405.jpg

15:05 de.rt.com: **Peking: UN-Menschenrechtsrat verliert immer mehr das Vertrauen aller Parteien in seine Fairness und Objektivität**

Die Untätigkeit des UN-Menschenrechtsrates in vielen globalen Fragen und seine wiederholten Sondersitzungen, die sich gegen einzelne Staaten richten, hätten den Ruf des Gremiums erschüttert und das Vertrauen in seine Objektivität untergraben. So kommentierte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian die jüngste Resolution des UN-Organs zur Ukraine beim Briefing am Freitag. Der chinesische Diplomat erklärte laut [TASS](#):

"In den letzten Jahren haben die Konfrontation und die Politisierung des Menschenrechtsrates allmählich zugenommen, und die Fälle von Doppelmoral und Selektivität haben zugenommen."

Das Vorgehen des Gremiums habe das Vertrauen aller Parteien in dessen Fairness und Objektivität ernsthaft erschüttert, seinen Ruf beschädigt und zu Spaltungen innerhalb der Institution geführt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e467748fbef6712504d6f.jpg>

15:30 de.rt.com: **RT-Korrespondent dokumentiert Vorstöße bei der Stadt Awdejewka und gerät unter Beschuss**

Die ukrainischen Streitkräfte verlassen ihre Feuerpositionen vor der Stadt Awdejewka nördlich von Donezk. RT-Militärreporter Walentin Gorschenin hat die Streitkräfte der

Donezker Volksrepublik bei einer Räumungsaktion in den ukrainischen Befestigungsanlagen begleitet. Der DVR-Chef Denis Puschilin meldete am Freitag die "operative Einkesselung" der Awdejewka-Gruppierung der ukrainischen Armee. Von einem Kessel könne aber noch keine Rede sein.

Die Kämpfe um die Stadt versprechen schwer zu werden, weil das Gebiet durch viele Befestigungsanlagen der ukrainischen Armee gut geschützt ist. Wie der RT-Reporter in seinem [Bericht](#) zeigt, hat sich die ukrainische Armee in den Jahren des Donbass-Krieges fest in die Erde "eingegraben". Mit den Kämpfern der Donezker Volksrepublik hat er eine verlassene Stellung der ukrainischen Armee in einem betonierten Schutzbunker besucht. Der Bunker wurde mit schweren Metalltüren und Feuerstellungen für Maschinengewehre ausgerüstet.

Vor Ort seien britische NLAW-Panzerabwehrlenk Waffen und Verbandskästen der Bundeswehr gefunden worden. Laut einem befragten DVR-Kämpfer befindet sich das Industriegebiet Awdejewka nun in Sichtweite der Donezker Streitkräfte.

Am Ende seiner Reportage gerät der Reporter unter Beschuss, es seien ihm zufolge Mehrfachraketen- und Minenwerfer zu hören. "Eine Menschenansammlung ist das Feuerziel", sagt er. Offenbar ist seine Gruppe von einer ukrainischen Aufklärungsdrohne entdeckt worden. Schließlich verlässt er das Kampfgebiet mit einem Auto. "Wir müssen jetzt schnell sein, weil der Gegner alle Verkehrswege im Visier hat."

ombudsman-dnr.ru: Im Zeitraum vom 6. bis 12.5.22 wurden infolge der Kriegshandlungen auf dem Territorium der DVR 495 Angehörige der militärischen Strukturen und 6 Zivilisten verletzt. 78 Angehörige der militärischen Strukturen und 11 Zivilisten wurden getötet. Seit Beginn des Jahres 2022 wurden 7070 Angehörige der militärischen Strukturen und 1696 Zivilisten verletzt. 1713 Angehörige der militärischen Strukturen und 570 Zivilisten wurden getötet.

15:56 de.rt.com: **Zur Plünderung der syrischen Ressourcen: USA erlauben einige Investitionen in Nordsyrien**

Die USA genehmigten am Donnerstag einige ausländische Investitionen in den unter kurdischen Separatisten kontrollierten Gebieten im Nordsyrien. Weiterhin werden jedoch jegliche Transaktionen mit der Regierung in Damaskus aufgrund der US-Sanktionen verboten bleiben.

Die USA genehmigten am Donnerstag einige ausländische Investitionen in den unter kurdischen Separatisten kontrollierten Gebieten in Nordsyrien. Das US-Finanzministerium genehmigte zwar Aktivitäten in zwölf Sektoren, darunter Landwirtschaft, Bauwesen und Finanzen, stellte aber klar, dass jegliche Transaktionen mit der Regierung in Damaskus aufgrund der US-Sanktionen weiterhin verboten seien. In einem Gespräch mit den Journalisten wiederholten der hochrangige US-Beamte die Haltung Washingtons, es habe nicht die Absicht, die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben.

Die Genehmigung zielt, laut Darstellung der US-Regierung, darauf ab, bessere wirtschaftliche Möglichkeiten für Menschen zu fördern, die in Gebieten in Nordostsyrien leben, die anfällig für ein Wiederaufleben des sogenannten "Islamischen Staates" (IS) sind. Die Anordnung genehmigte zudem den Kauf von Ölprodukten wie Benzin in der Region, mit Ausnahme von Transaktionen, an denen die syrische Regierung beteiligt ist.

Die Plünderung der syrischen Ölreserven durch die USA wurde Ende Juli 2020 bekannt. In seiner Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats bestätigte seinerzeit der ehemalige US-Außenminister, Mike Pompeo, zum ersten Mal, dass eine US-amerikanische Ölgesellschaft ihre Arbeit im Nordosten Syriens aufnehmen werde, das von SDF-Kämpfern kontrolliert wird.

Seit Jahren werden die Kurden mit US-Waffen, Logistik und Geld versorgt, um als

Stellvertreter-Miliz Interessen der USA vertreten zu können. SDF-Verbände hatten im Zuge des Syrien-Konflikt das Ölabkommen mit den USA unterzeichnet, um Syrien den Zugriff auf den wichtigen Rohstoff nun dauerhaft zu verwehren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e4b3e48fbef5d7d14648a.jpg>

16:20 de.rt.com: **Vorbereitungsarbeiten zum Abriss des Denkmals für die Rotarmisten in Riga eingeleitet**

Der Stadtrat von Riga hat am Freitag beschlossen, die Vorbereitungsarbeiten für den Abriss des Denkmals für die Rotarmisten im Siegespark einzuleiten. Dieses Denkmal erinnert an die Befreiung der Stadt von der nationalsozialistischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Über den politischen Beschluss berichtete das lettische Radio und Fernsehen unter Berufung auf den Vorsitzenden des Stadtrats von Riga, Mārtiņš Staķis.

Die Entscheidung wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates am Freitag getroffen. Die Denkmalbehörde und andere Organe der Stadtverwaltung wurden daraufhin mit den dazugehörigen Vorbereitungsarbeiten, einschließlich der Suche nach Auftragnehmern, betraut.

Zuvor hatte Staķis erklärt, dass das lettische Parlament ein Sondergesetz verabschieden müsse, das den Abriss des Denkmals erlaube. Das Justizministerium wurde angewiesen, eine rechtliche Begründung für den Abriss des Denkmals für die sowjetischen Soldaten in Pārdaugava zu liefern. Am 12. Mai verabschiedete das lettische Parlament, die Saeima, in zweiter und letzter Lesung schließlich ein Gesetz zur Aussetzung des bilateralen Abkommens mit Russland über Gedenkstätten und Denkmäler. Dies ermöglicht rechtlich den Abriss des Denkmals für die sowjetischen Soldaten in Riga.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e6569b480cc2d0362cb06.jp>

16:29 de.rt.com: **Im Falle eines Notstands: Bundestag stimmt für Enteignung von Energiefirmen**

Am Donnerstag stimmte der Bundestag für eine Reform des Energiesicherungsgesetzes, das es dem Staat nunmehr ermöglicht, Energieunternehmen in Zukunft leichter zu übernehmen. Dies gilt allerdings nur, wenn die Versorgungssicherheit gefährdet ist. Nur eine Partei stimmte dagegen.

Mögliche Energieengpässe im Falle eines Lieferstopps von russischem Gas infolge des Kriegs in der Ukraine setzten Deutschland unter Druck. Wie werden die meist in privater Hand liegenden Energiedienstleister im Moment des Notstands reagieren? Werden die zur kritischen Infrastruktur gehörenden Unternehmen ihrem Auftrag weiter gerecht, oder wird das Beziehen von Energie zur Auktion gemäß dem Motto: Der höchste Bieter erhält den Zuschlag?

Um hier etwaigen Gewinnfantasien der Energiekonzerne zuvorzukommen, hat der Bundestag am Donnerstag Regelungen bis hin zur Enteignung von Firmen im Falle eines Energienotstands beschlossen.

Demnach stimmte der Bundestag in seiner Sitzung mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD, Grüne und FDP sowie der Linken einer Reform des Energiesicherungsgesetzes aus dem Jahr 1975 zu, das der Bundesregierung schon vor einer unmittelbaren Gefährdung der Energieversorgung künftig besondere Maßnahmen bis hin zur Enteignung von Energieunternehmen ermöglicht. Nur die AfD votierte dagegen, die Union enthielt sich.

Das Gesetz, das ab Juli in Kraft treten soll, autorisiert die Bundesregierung im Falle eines möglichen Energienotstands unter anderem dazu, Energiekonzerne unter eine Treuhandverwaltung zu stellen. Dies soll greifen, wenn die Unternehmen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen und die Versorgungssicherheit gefährdet ist.

Der Bundesrat muss dem Vorhaben allerdings noch zustimmen, was nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bereits in der kommenden Woche geschehen könnte.

Dass die Regierung im Notfall entsprechende Schritte unternimmt, hatte Habeck zuvor schon unter Berufung auf eine andere Gesetzesgrundlage bei der Gazprom-Tochter Germania gezeigt. Das für das Deutschlandgeschäft zuständige russische Unternehmen wurde infolge des Ukraine-Kriegs kurzerhand unter die Treuhand der Bundesnetzagentur gestellt.

Der nahezu Enteignung waren Überlegungen des Mutterkonzerns Gazprom vorangegangen, die Tochter an einen anderen Eigentümer abzugeben. Dem kam die Bundesregierung zuvor und schritt ein. Darauf reagierte Russland in dieser Woche mit Gegensanktionen und verkündete, die Handels- und Speichertöchter in Deutschland einstweilen nicht mehr mit Gas zu beliefern.

Das der jetzt beschlossenen Reform zu Grunde liegende Energiesicherungsgesetz wurde seit seiner ersten Fassung im Jahr 1975 nur unwesentlich verändert. Immerhin setzte die FDP im parlamentarischen Verfahren zuvor noch durch, dass nach einer Verstaatlichung einer Firma diese später auch wieder privatisiert werden muss. Bei einer Gefährdung der Versorgung ermächtigt das Gesetz die Regierung nämlich jetzt dazu, Gegenmaßnahmen gegen die Krise zu ergreifen. Dazu zählen neben den neu in das Gesetz eingebrachten Enteignungen auch Regelungen zur Produktion, dem Transport sowie der Verteilung von Energie.

Erstmals angewandt werden könnte das erneuerte Gesetz nunmehr im Fall der Öl-Raffinerie in Schwedt, da eine Lösung für die Eigentümerfrage bis dato noch aussteht. Die Raffinerie gehört mehrheitlich dem Rosneft-Konzern und wird von diesem mit russischem Öl versorgt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627dec8948fbef36820bd959.jpg>

16:54 de.rt.com: **RT-Team bei ukrainischem Beschuss in Volksrepublik Donezk verletzt**

Das Filmteam des RT-Kriegsberichterstatters Walentin Gorschenin wurde in der Nähe von Dokutschajewsk (DVR) von einer ukrainischen Rakete getroffen. Zwei Kameraleute erlitten Schrapnellwunden an den Beinen und am Rücken.

Das Filmteam des RT-Kriegsberichterstatters Walentin Gorschenin wurde in der Nähe von Dokutschajewsk (DVR) von einer ukrainischen Rakete getroffen. Gorschenin selbst wurde nicht verletzt. Die Kameraleute Wladimir Batalin und Wiktor Miroschnikow erlitten Schrapnellwunden an den Beinen und am Rücken. Sie werden jetzt ins Krankenhaus gebracht. Das Gorschenin-Team ist jeden Tag in den frontnahen Gebieten unterwegs. Am 12. Mai hat es die Aufklärungstruppe der Donezker Volksmiliz bei der Räumung der ukrainischen Positionen nahe der Stadt Awdejewka begleitet. In seiner [Reportage](#) zeigte der Korrespondent einen in die Erde eingegrabenen Bunker mit einer Schießscharte und die zurückgelassene Munition. Die Gruppe wurde schließlich von einer ukrainischen Drohne entdeckt und durch Artillerie beschossen.

Bei der Rückfahrt im Auto drehte das Team ein [weiteres Video](#), in dem alle drei Journalisten abwechselnd erzählten, welche Gefahren einen Kriegsberichterstatter an der Frontlinie erwarten und wie sie an diesem Tag beschossen wurden. Zuerst waren es Handfeuerwaffen, danach gab es einen Beschuss mit 120-mm Granaten. Sie haben Zuflucht in einem Schützengraben gefunden. Auch die Straße wurde vom Gegner ins Visier genommen und beschossen.

"Es gab 50 Meter von uns entfernt eine Explosion, gerade vor drei Minuten", sagte Wiktor Miroschnikow, der am Steuer saß.

Walentin Gorschenin deutete im Gespräch an, dass der Gegner vor allem Menschen in blauen Schutzwesten der Presse unter Beschuss nimmt, weswegen er und sein anderer Kameramann Wladimir Balalin nun normale Tarnuniformen tragen. Er sagte auch, dass die Artilleriefeuer so korrigiert wird, dass bei Fluchtversuchen die Evakuierungsziele beschossen werden.

"Die Mitglieder einer Gruppe müssen beim Verlassen einer Gefahrenzone genug Abstand voneinander haben, denn eine Ansammlung von Menschen ist immer das Ziel und damit jemand am Leben bleiben kann, wenn es doch gekracht haben sollte", sagte er.

RT-Chefin Margarita Simonjan zufolge wurde das RT-Drehteam beim Besuch eines Cafés beschossen. "Unsere Jungs wurden in Dokutschajewsk verwundet. Sie gerieten unter Beschuss, als sie an einer Tankstelle anhielten, um Kaffee zu trinken", schrieb sie auf ihrem Telegram-Kanal.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e822148fbef633b500c5f.png>

Der verwundete RT-Kameramann Wladimir Batalin

17:17 de.rt.com: **Israel in Alarmbereitschaft: Abertausende bei Beerdigung der ermordeten Journalistin in Jerusalem**

Während der Beerdigung der ermordeten "Al Jazeera"-Reporterin kam es in Jerusalem zu Konfrontationen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften. Die israelische Polizei ging mit Gewalt gegen Trauernde vor, die Abu Aklehs Sarg aus dem Krankenhaus in Richtung des Stadtteils Scheich Dscharrah tragen wollten.

Israelische Sicherheitskräfte sind bei der Beerdigung der ermordeten Al Jazeera-Reporterin Shireen Abu Akleh am Freitagnachmittag in erhöhter Alarmbereitschaft gewesen. Zu der Beisetzung der im Westjordanland getöteten Journalistin wurden Zehn-, sogar Hunderttausende erwartet, meldete Time of Israel am Vormittag.

Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums hatten israelische Streitkräfte am Mittwoch die Al-Jazeera-Mitarbeiterin im israelisch besetzten Westjordanland erschossen. Abu Akleh war im Einsatz, um über eine israelische Razzia in einem Flüchtlingslager in der Stadt Dschenin zu berichten.

Das Palästinensische Informationszentrum (Palinfo) teilte am Freitagnachmittag in einem Tweet mit, dass die Gewalt ausbrach, als die palästinensischen Trauernden damit begannen, Abu Aklehs Sarg aus dem französischen Krankenhaus St. Louis in das Viertel Scheich Dscharrah zu bringen. "Es gab Dutzende von Verletzten während des Sturms auf das französische Krankenhaus in Jerusalem durch die Besatzungstruppen", schrieb Palinfo und zitierte den Roten Halbmond in der Stadt.

Quds News Network zufolge griffen israelische Streitkräfte Trauernde an, um "sie daran zu hindern, den Sarg von Abu Akleh vom Krankenhaus zur römisch-katholischen Kirche in der Altstadt zu tragen", bevor sie auf einem christlich-orthodoxen Friedhof neben der Altstadt von Jerusalem beigesetzt wurde.

Nach anderer Darstellung soll die israelische Armee die Menschen vor Ort gefragt haben, ob sie Christen oder Muslime sind. Die Beteiligung der Muslime an der Zeremonie soll durch israelische Sicherheitskräfte gestört worden sein.

Laut dem Quds News Network hat die Hamas am Freitag ihre Anhänger aufgerufen, sich auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee zu verbarrikadieren, um damit zu verhindern, dass israelische Streitkräfte erneut auf das Gelände der drittheiligsten islamischen Stätte vordringen können. Israelische Sicherheitskräfte hatten in letzter Zeit mehrfach das Gelände der al-Aqsa-Moschee gestürmt und sich dort Auseinandersetzungen mit Hunderten Palästinensern geliefert.

Der Sarg von Abu Akleh wurde am Donnerstag von Ramallah nach Jerusalem gebracht, nachdem mehrere Tausend Menschen sich am Donnerstag bei der Trauerfeier für die

Journalistin in Ramallah versammelt hatten. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas machte dort in seiner Rede Israel für den Tod der Reporterin "vollständig verantwortlich" und sprach von einer "Hinrichtung".

Am Donnerstagabend luden die israelischen Behörden Abu Aklehs Bruder vor und forderten ihn auf, die Demonstrierenden anzuweisen, keine palästinensischen Flaggen zu tragen oder palästinensische Gesänge anzustimmen. Al Jazeera berichtete am Freitag, dass israelische Streitkräfte mindestens vier Palästinenser verhaftet haben, darunter zwei Männer, die die palästinensische Flagge im besetzten Ostjerusalem bei der Beerdigungszeremonie gehisst haben sollen.

Tausende muslimische und christliche Palästinenser aus Jerusalem sowie aus den israelisch besetzten Gebieten, darunter viele Journalisten, beteiligten sich an der Beerdigung von Shireen Abu Akleh. Sie kamen, um die erfahrene Al-Jazeera-Reporterin zu würdigen, die am Mittwoch mit einem Schuss in den Kopf ermordet wurde. Nach Angaben des palästinensischen Informationsministeriums wurden seit der Jahrtausendwende mindestens 45 Journalisten von israelischen Streitkräften getötet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e55af48fbef7c616eb160.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol die Arbeit einer Basisstation mit ständiger Stromversorgung sichergestellt.

In Chlebodarowka wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 19 Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 905 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 17 Hektar Territorium kontrolliert und 214 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 9860 humanitäre Pakete ausgegeben.

Das **Verkehrsministerium** der DVR führt Reparaturen an der Autostraße T-05-23 Kremenewka-Jalta durch.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstation Knotenpunkt Wolnowacha Arbeiten zur Installation und Anschluss von Infrastruktur durchgeführt.

In die befreiten Territorien wurden 16 Tonnen Wasser und 500 Laibe Brot geliefert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:35 de.rt.com: **Russische Staatsduma: Juristisch steht der Eingliederung der Region Cherson nichts im Wege**

Daniil Bessarabov, erster stellvertretender Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Staatsaufbau und Gesetzgebung, kommentierte am Freitag gegenüber TASS die Initiative der Region Cherson, Teil Russlands zu werden. Ihm zufolge verbiete die russische Verfassung nicht, dass ein Teil eines anderen Staates zu einem Teil Russlands werde. Hierfür müsse aber ein internationaler Vertrag ausgearbeitet und der Duma zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Am Mittwoch teilte Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der regionalen Militär- und Zivilverwaltung der Region Cherson, mit, dass die Führung des Gebiets plane, einen Antrag auf Aufnahme der Region in die Russische Föderation an den russischen Präsidenten zu stellen. Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte, dass diese Frage juristisch ausgearbeitet werden müsse.

Das Gebiet Cherson befindet sich im Süden der Ukraine und grenzt an die Halbinsel Krim. Es ist bislang die einzige ukrainische Region, die sich derzeit vollständig unter russischer Kontrolle befindet. Am 9. Mai fanden in mehreren Städten der Region Feierlichkeiten zum Tag des Sieges mit Tausenden Teilnehmern statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e46cfb480cc0f7b01eae.jpg>

17:43 de.rt.com: **Finnlands Vertreter bei der NATO: Russland "keine direkte militärische Bedrohung für Finnland"**

Finnlands ständiger Vertreter bei der NATO Klaus Korhonen erklärt, dass für sein Land keine

militärische Bedrohung durch Russland ausgehe. Dennoch bereitet Helsinki einen Beitrittsantrag zur NATO vor. Moskau warnt vor einer Verschlechterung der Sicherheitslage. Am Donnerstag erklärte Klaus Korhonen, Finnlands ständiger Vertreter bei der NATO, in einem Interview an den Fernsehsender CNN, dass sein Land keine direkte militärische Bedrohung durch Russland sehe.

Im Interview wies Korhonen darauf hin, dass die Bevölkerung seines Landes zum ersten Mal in der Geschichte einen NATO-Beitritt mehrheitlich unterstütze. Dies sei das Ergebnis einer "sehr drastischen Änderung unserer Sicherheitsumgebung". Gleichzeitig betonte er: "Heute können keine direkten militärischen Bedrohungen für Finnland durch Russland beobachtet werden."

Korhonen führte dies auf die Verteidigungsbereitschaft der finnischen Streitkräfte zurück. "Wir haben eine starke Verteidigung und einen sehr fähigen Grenzschutz. Ich denke, wir sind jetzt wachsam, daher ist die Grenze jetzt sicher."

Russland unternehme laut Korhonen keine "ungewöhnlichen Aktivitäten", dennoch befürchte man in Finnland russische Cyberangriffe und Desinformationskampagnen.

Auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines Nuklearkonflikts gab sich Finnlands NATO-Vertreter zuversichtlich, dass das Risiko minimal sei:

"Wir sind sehr weit von einem Nuklearkonflikt entfernt."

Vor dem Hintergrund des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine hatten Finnland und sein Nachbarland Schweden begonnen, eine Aufgabe ihrer bisherigen Bündnisfreiheit und einen Beitritt zur NATO zu erwägen. Der Generalsekretär der Allianz Jens Stoltenberg hatte mehrmals signalisiert, dass die Mitglieder der NATO dieses Vorhaben unterstützen würden.

Am 13. Mai erklärte Finnlands Außenminister Pekka Haavisto dem japanischen Fernsehsender NHK, dass der Beitrittsantrag in der kommenden Woche eingereicht werde.

Das offizielle Moskau reagierte auf Finnlands Beitrittspläne mit scharfer Kritik.

Kremlsprecher Dmitri Peskow sprach von einer Bedrohung für Russland und betonte, dass eine weitere NATO-Erweiterung Europa "weder stabiler noch sicherer" machen werde. Das russische Außenministerium kündigte unter anderem auch militärtechnische Maßnahmen als Reaktion an, falls Finnland der NATO beitreten sollte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e50fdb480cc6c021cd793.jpg>

abends:

19:16 (18:16) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Einwohner von Riga demonstrierten gegen den Abriss des Denkmals für die Befreier**

In Riga gab nach der Entscheidung das Denkmal "Befreier der Stadt" abzureißen, eine Protestkundgebung.

Die Polizei nahm mehrere Teilnehmer der Kundgebung gegen den Abriss des Denkmals für die Befreier von Riga fest. Das berichtet „Sputnik Nahes Ausland“.

Es wird mitgeteilt, dass sieben Demonstranten festgenommen wurden. Vier von ihnen wurden von der Polizei beschuldigt, eine nicht genehmigte Kundgebung abgehalten zu haben, zwei wurden festgenommen, weil sie St.-Georgs-Bänder getragen hatten, und ein weiterer wegen geringfügigen Rowdytums.

Das lettische Parlament hatte zuvor ein Gesetz verabschiedet, um die Anwendung der Klausel des Abkommens mit Russland über den Schutz von Denkmälern für sowjetische Soldaten im Land zu stoppen, was den Abbau des Denkmals für die „Befreier von Riga“ ermöglicht.

Wladimir Dschabarow, stellvertretender Leiter des internationalen Komitees des Föderationsrates, sagte, Russland werde Lettland das Denkmal wegnehmen, wenn die Behörden seine Demontage zulassen sollten.



https://novorosinform.org/content/images/44/32/44432_720x405.jpg

18:30 de.rt.com: **Erstes Gespräch zwischen Sergei Schoigu und Lloyd Austin seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat erstmals seit Beginn des Ukraine-Krieges ein Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Schoigu geführt. Dies geht aus einer Mitteilung des Pentagon-Sprechers John Kirby vom Freitag hervor.

Laut der Erklärung rief Austin den Chef der russischen Streitkräfte im Laufe der Diskussion zu einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine auf. Der US-Verteidigungsminister habe aber zugleich die Notwendigkeit betont, die Kommunikationswege zwischen Moskau und Washington aufrechtzuerhalten, so Kirby.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e8989b480cc02fc388e26.jp>

g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 13.5.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 275 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiet von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten und 5 wurden verletzt**. 7 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 26 ukrainische Nationalisten, ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S5 „Giazint“, 2 mobile 120mm-Mörser, ein chemisches Aufklärungsfahrzeug „Kaschalot“ und 2 leichte Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 19 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 85 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 29. März 2022 wurden bei der Ausführung einer Kampfaufgabe zur Befreiung von Mariupol durch Artilleriebeschuss des Gegners Kommunikationsleitungen beschädigt, die Koordination der Einheit ging verloren. Der Leiter einer Funkstation eines Kommunikationszuges eines Panzergrenadiergardebataillons, Unterfeldwebel Oleg Pawlowitsch Kowalewskij, stellte trotz des stürmischen Feuers des Gegners unter Lebensgefahr die Verbindung mit dem Stab und anderen Einheiten wieder her, was es erlaubte, die Operativität der Leitung wiederherzustellen und die Gegenoffensive des Gegners erfolgreich abzuwehren.

18:55 de.rt.com: **Selenskij: Werden den Status der Krim und der Donbass-Republiken niemals anerkennen**

Die Ukraine werde die Krim niemals als Teil Russlands anerkennen, versicherte der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij im Gespräch mit dem italienischen Sender Rai 1. Der Präsident sagte:

"Wir werden die Krim niemals als Teil der Russischen Föderation anerkennen. Die Krim hatte bereits zuvor Autonomie und ist somit eine autonome Republik mit eigenen Rechten und einem eigenen Parlament."

Selenskij schloss auch eine mögliche Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Kiew aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e69ff48fbef5d7d1464c4.jpg>

18:58 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine zahlt für Marder-Panzer von Rheinmetall 70 Prozent mehr als Jordanien**

Einem Bericht von "Business Insider" zufolge berechnet der Rüstungskonzern Rheinmetall seine 100 Schützenpanzer des Typs Marder für die Ukraine mit einem deutlich höheren Preis als für Jordanien. Rheinmetall fordere demnach 153 Millionen Euro für die 100 Marder von der Ukraine.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall will die ersten instandgesetzten Schützenpanzer vom Typ Marder in drei Wochen an die Ukraine liefern können. Das hatte Vorstandschef Armin Papperger gegenüber der Süddeutschen Zeitung am Dienstag angekündigt. Man warte auf die endgültige Entscheidung der Regierung, aber es gebe derzeit genügend Länder, "die diese Fahrzeuge haben wollten – nicht nur die Ukraine", hatte Papperger erklärt. Rheinmetall will insgesamt 100 Schützenpanzer des Typs Marder an die Ukraine liefern. Der entsprechende Ausfuhr-Antrag wurde bei der Bundesregierung gestellt, aber noch nicht bewilligt. Der Bundestag hatte die Lieferung auch schwerer Waffen an die Ukraine Ende April genehmigt. Nun berichtet das Nachrichtenportal Business Insider, dass Rheinmetall 153 Millionen Euro für die 100 Marder von der Ukraine fordern soll. Der Preis sei deutlich höher, als der, den man vor wenigen Jahren von Jordanien gefordert habe. Business Insider zufolge zahlte Jordanien für seine Rheinmetall-Marder Stückpreise zwischen 660.000 und 890.000 Euro. Das gehe aus einer Antwort der Bundesregierung an die Linksfraktion im Bundestag aus dem Juni 2021 hervor. Insgesamt habe der Rüstungskonzern zwischen 2016 und 2021 75 Marder-Schützenpanzer an Jordanien geliefert. Die dafür aufgerufenen Preise sollen schwanken. Dem Bericht zufolge zahlte Jordanien 2016 für 25 Marder sowie 28 dazugehörige Maschinenkanonen und Verschlüsse rund 16,6 Millionen Euro. Im Jahr 2019 kosteten 25 jeweils mit Maschinenkanonen und Verschlüssen ausgestattete Marder schon über 22,2 Millionen Euro, so Business Insider weiter.

Rechne man die 2019er-Preise für Jordanien hoch, würden 100 Rheinmetall-Marder samt Kanonen und Verschlüssen knapp 89 Millionen Euro kosten, so das Nachrichtenportal. Der Stückpreis läge grob bei 890.000 Euro – deutlich weniger als der Stückpreis von 1,5 Millionen, den Rheinmetall nun für die Lieferung von 100 Mardern an die Ukraine aufrufe. Nehme man den 2016er-Preis für Jordanien, Stückpreis grob 660.000 Euro pro Marder, werde die Diskrepanz zum Ukraine-Angebot sogar noch eklatanter.

Wie Business Insider weiter schreibt, umfasse die Lieferung zwar auch Munition, Wartung und Ausbildung, doch dieselben Konditionen habe Rheinmetall bei den Lieferungen an Jordanien gleichfalls erbracht. Auch die Inflation zwischen 2019 und 2022 erkläre den großen

Preisunterschied nicht, so der Bericht weiter. Laut dem Nachrichtenportal sei es allerdings möglich, dass Rheinmetall die in den vergangenen Jahren gestiegenen Ressourcen- und Energiepreise in das Angebot an die Ukraine einpreise. Doch, so der Bericht weiter, auch das rechtfertige bei einer bloßen Instandsetzung der Marder-Panzer keinen Preisanstieg von 70 Prozent.

Des Weiteren schreibt Business Insider, dass Rheinmetall eine Anfrage der Nachrichtenplattform unbeantwortet gelassen habe. Und auch das für Rüstungsexporte zuständige Wirtschaftsministerium habe die von Rheinmetall aufgerufenen Preise – und ob diese eine Auswirkung auf die Bewilligung der Ausfuhr-Genehmigung für die Marder hätten – nicht kommentieren wollen. Ein Sprecher habe lediglich mitgeteilt:

"Detailinformationen zur Lieferung und Bezahlung von militärisch zu nutzenden Gütern in die Ukraine unterliegen der Vertraulichkeit, um militärische Geheimnisse der Ukraine zu schützen."

Und weiter:

"Das betrifft auch die Erwägungen, Abstimmungen und Entscheidungsverfahren innerhalb der Bundesregierung einschließlich der formalen Antrags- und Genehmigungsverfahren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e4821b480cc0ddd42b625.jpg>

19:20 de.rt.com: **Bundeskanzler Scholz: Werden keinen "Diktatfrieden" für die Ukraine akzeptieren**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat der Ukraine im Militärkonflikt mit Russland weitere Unterstützung zugesagt. Bei der Abschlusskundgebung der SPD, zwei Tage vor der Landtagswahl, sagte er am Freitag in Köln:

"Revanchismus und Imperialismus dürfen nicht die Wirklichkeit in Europa bestimmen."

Russland führe einen "brutalen Angriffskrieg gegen einen unschuldigen Nachbarn, ausschließlich um die eigene Macht zu erweitern und das eigene Territorium zu vergrößern", erklärte Scholz. Zugleich bekundete er die Bereitschaft Deutschlands, auch weiter Waffen an die Ukraine zu liefern. Nach dem seit Wochen ersten Telefonat mit Russlands Präsident Wladimir Putin machte der Bundeskanzler außerdem deutlich, dass Frieden zwischen Moskau und Kiew niemals mit militärischer Gewalt erzielt werden könnte, sondern nur "mit einer Verständigung, einer Vereinbarung, einem Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland" möglich sei. Er sagte:

"Wir werden keinen Diktatfrieden akzeptieren für die Ukraine."

Scholz sehe die Bundesrepublik in der Pflicht, der Ukraine zu helfen. Das dürfe aber zu keiner militärischen Konfrontation zwischen der NATO und Russland führen, betonte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627e9257b480cc02fc388e32.jpg>

20:00 de.rt.com: **Russland stellt Stromlieferungen an Finnland ab Samstag ein**

Russland stellt ab Samstag seine Stromlieferungen an das Nachbarland Finnland wegen ausstehender Zahlungen ein. Dies teilte das Energieunternehmen RAO Nordic Oy inmitten der Spannungen aufgrund eines möglichen NATO-Beitritts Finnlands mit. Das in Helsinki ansässige Tochterunternehmen des russischen Konzerns InterRAO erklärte, es sehe keine Möglichkeit, die Rechnungen für die Stromimporte zu bezahlen. Im Jahr 2021 bezog Finnland rund zehn Prozent seines verbrauchten Stroms aus Russland.

RAO Nordic Oy erklärte weiter, diese Situation sei "außergewöhnlich und zum ersten Mal in unserer über 20-jährigen Handelsgeschichte eingetreten." Man hoffe jedoch, dass sich die Lage bald bessere und der Handel wieder aufgenommen werden könne.